

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ost-Deutschland 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Breitenband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., zuzüglich Porto-Ausschluss, der Preis für Deutschland und Österreich 10,- M., Mahnahmen, Expedition und Verlag: Berlin S. O., Breite Straße 8-2.

Die schlagfertige Kampfkraft über Herrn Krumm kostet 5,- M., einschließlich Zustellung. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt kostet 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Zustellung. Große Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Briefwechsel 3,00 M. netto pro Zeile. Geschäfts-Anzeigen in Wort-Anzeigen: das fertige Blatt kostet 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Jentzen 2030, 2645, 4510 4603, 4635, 4942, 4921.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Ringen der englischen Bergleute Das Ergebnis von Halle

Eine Solidaritätskundgebung der U. S. P. D.

Der große Streik in England, der von der Grubenarbeiterbewegung ausgegangen ist und bereits weitere Industriezweige in seinen Kreis gezogen hat, ist von ungeheurer Bedeutung nicht nur für die fernere Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in England, sondern auch weit über die Grenzen des Inselreichs hinaus. Hier steht eine geschlossene, glänzend disziplinierte Arbeiterschaft mit klaren Kampfzielen der Regierung und dem Bürgertum gegenüber. Es ist noch nicht abzusehen, welche innerpolitischen Wirkungen, neben den rein wirtschaftlichen, von dieser Bewegung ausgehen, der die englische Regierung schärfste Gegenwehr angefangen hat.

Die Bedeutung dieses gewaltigen Kampfes fand ihren Widerhall auf dem Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In seinem letzten Verhandlungstage wurde folgende Sympathieresolution für die englischen Bergarbeiter beschlossen:

Der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands verfolgt mit gespanntem Interesse die Entwicklung dieses großen Kampfes. Er erwidert Euch seine brüderliche Sympathie und die Versicherung seiner unerschütterlichen Solidarität.

Hodges über den Bergarbeiterstreik

II. London, 18. Oktober.

Der Führer der Kohlenarbeiter, Hodges, sandte der Presse eine Mitteilung, in welcher er behauptet, die Haltung der Regierung habe den Kohlenarbeitern keine andere Alternative übrig gelassen. Er führt die lauthingehorenen Verhandlungen als Beweis für den Wunsch der Arbeiter nach Frieden an und rechtfertigt die Forderungen einer Lohnerhöhung mit den täglich steigenden Preisen aller Bedarfsartikel. Die Arbeiter könnten sich nicht darauf einlassen, die Lohnfragen einem Schiedspruch zu unterbreiten, das selbst bei voller Unparteilichkeit den Arbeitern keine Garantien bieten könne. Tatsache sei eben, daß die Kohlenarbeiter jegliches Vertrauen zu der Regierung verloren hätten.

Loren hätten. Sie wüßten sich wohl bewußt, welche Opfer der Streik ihnen selbst, ihren Familien und der Allgemeinheit auferlegen würde, aber die Haltung der Regierung lasse ihnen keinen anderen Ausweg.

Englisches Kohlenausfuhrverbot

Ueber die allgemeine Lage meldet „Hollands Niembureau“ aus London: Am Montag fand eine Konferenz zwischen dem Vorkaufsausschuß der Arbeiterpartei und den parlamentarischen Arbeitervertretern statt. Man ist der Ansicht, daß sich morgen bei der Debatte im Unterhaus die friedliebenden Elemente geltend machen werden. Es heißt, die Regierung wüßte nichts schrecklicher als die Wiederaufnahme der Unterhandlungen zu erleidern. Man erwartet, daß Lloyd George morgen an der Debatte teilnehmen wird. Clynes erklärte, wenn beide Parteien zustimmend geäußert würden, sei ein Uebereinkommen innerhalb einer Woche möglich. Bei allen Gewerkschaften bestehe die Neigung, eine verständliche Atmosphäre zu schaffen.

„Daily Chronicle“, das Regierungsorgan, sagt: Bis jetzt haben die Bergarbeiter ihre Angelegenheit allein behandelt. Man hat die Vermittlung der anderen Organisationen nicht verlangt und sie sogar als unwillkommen angesehen. Die Entwicklung der Krise aber hat die Gewerkschaften gezwungen, ihre passive Haltung aufzugeben und in den Vordergrund zu treten, um über den toten Punkt hinwegzuhelfen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß vor Ende der Woche neue Versuche gemacht werden, um die Klüfte zwischen den Parteien zu überbrücken.

Die britische Gesandtschaft teilte dem holländischen Auswärtigen Amt mit, daß infolge des Kohlenarbeiterstreiks kein Schiff Kohlen laden könne. Funkerhöfe werde nur denjenigen Schiffen gegeben, die unentbehrliche Dienste leisteten.

Emilios Haltung

London, 18. Oktober.

Wie gemeldet wird, glauben die Bergleute imlande zu sein, den Streik mindestens sechs Wochen lang durchzuführen. Emilio begründet seine vorübergehende Haltung in einer Erklärung, in der es heißt, das Scheitern der Einigungsverhandlungen sei durch die Hartnäckigkeit der Regierung verschuldet, die doch eigentlich hätte wissen müssen, daß noch weitergehende Forderungen begründet gewesen seien.

Die bürgerliche Presse des In- und Auslandes hat den Verhandlungen unseres Halleischen Parteitages ein größeres Interesse entgegengebracht, als sie es sonst gegenüber den sozialdemokratischen Tagungen befandete. Maßgebend war hierbei weniger der grundsätzliche Inhalt der Auseinandersetzung, als die Erwartung, daß es zu einer Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie, der revolutionären Partei des deutschen Proletariats kommen werde.

Die Mächte der bürgerlichen Reaktion sind auf ihre Rechnung gekommen. Das Best der Parteizerrümmung, das die verkappten Kommunisten seit Monaten in eifriger Ministerarbeit in unserer Partei begonnen und durch die Annahme der 21 Punkte vollendet haben, kann das Bürgertum aller Länder mit Freude und Genugtuung erfüllen. Genosse Longuet hatte vollkommen recht, als er in seiner Rede auf dem Parteitag erklärte, auf diesem Kongress werde es keine Sieger geben, aber wenn es zur Spaltung käme, dann sei die deutsche Arbeiterklasse die Besiegte.

Die Spaltung ist nun eine vollendete Tatsache geworden. In unheilvoller Verblendung sind die Anhänger des Anschlusses an Moskau auch vor der Spaltung der Partei nicht zurückgeschreckt. Sie wußten, daß die Annahme ihres Beschlusses die Spaltung der Partei bedeutete. Sie wußten, daß sie durch die bedingungslose Annahme der 21 Punkte den organisatorischen Zusammenhang mit der Partei lösten, da diese Punkte das Aufgehen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in der kommunistischen Partei fordern und damit eine Selbstauflösung der Partei bedeuten.

Die Minderheit des Parteitages hat es mit ihrem Gewissen und mit ihrer Parteipflicht nicht zu vereinbaren vermocht, den von ihr geforderten Selbstmord der Partei mitzumachen und die Massen der Parteigenossen, ohne deren vorherige Einwilligung einzuziehen, auf dem Umwege über Moskau in die Reihen der kommunistischen Partei hinein zu bugfixieren. Wäre die Frage vor dem Parteitage klar und offen so gestellt worden, daß es sich um die Verschmelzung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mit der kommunistischen Partei handelte, so hätten die Parteigenossen diese Frage mit der gebotenen Gründlichkeit und Sachlichkeit prüfen können. Der Trieb der Parteizerrümmung bestand aber darin, daß sie die Massen der U. S. P. D., ohne daß diese sich dessen bewußt waren, durch die Annahme der Anschlußbedingungen über Nacht in Ritualknecht der kommunistischen Partei verwandeln wollten. Die Verhandlungen auf dem Parteitage, das Schreiben des Exekutivkomitees und die Erklärungen Sinowjews haben dieses unehrliche Spiel ermöglicht. Und die Gegner des Anschlusses haben nur der elementarsten Pflicht der Selbsterhaltung der Partei Genüge getan, als sie durch die vom Genossen Crispian am Sonnabend verlesene Erklärung feststellten, daß jene Delegierten, die für die Resolution Däumig-Stoedter stimmten, aufgehört hatten, Mitglieder der U. S. P. D. zu sein.

Die Feststellung dieses Tatbestandes ist zunächst notwendig, um den organisatorischen Rahmen der U. S. P. D. zu umgrenzen. Wer mit der Resolution Däumig-Stoedter solidarisch ist, hat ebenso wie jene Delegierte, die auf diesem Parteitag für diese Resolution stimmten, aufgehört, Mitglied unserer Partei zu sein. Für ihn ist im Rahmen unserer Organisation kein Raum. Er muß in Erfüllung der 21 Punkte der kommunistischen Partei beitreten, und keine noch so spitzfindige Auslegung der 21 Punkte und kein talmudistischer Kommentar Sinowjews wird ihm das Recht verleihen, auch weiterhin den Namen der Unabhängigen Sozialdemokratie für die Zwecke der kommunistischen Partei zu mißbrauchen.

Ueber diese Feststellung hinaus, die für das Verhalten unserer Genossen in den Organisationen richtunggebend sein wird, bedeutet die Abspaltung der neukommunistischen Elemente von unserer Partei einen Vorgang von weittragender grundsätzlicher Bedeutung. Der Zweifelsfall, der unsere Partei von Anfang an in ihrer Entwicklung hemmte, wird nun durch das Ausscheiden der offenen und verkappten Kommunisten, denen die Partei nur ein schließendes Dach und ein Objekt für ihre Ministerarbeit war, aus der Welt geschafft werden. Alle jene Elemente, denen unsere Partei immer nur als Zielscheibe für gefährliche Angriffe und unwürdige Treibereien, als Rahmen für geheime Konventikel und „kommunistische Zellen“ mit deutlich ausgeprägtem Spaltungscharakter diente, können nun gemäß ihrer Ueberzeugung ihr Wirkungsfeld in die Reihen der kommunistischen Partei verlegen. Unsere Partei, die fest auf dem Boden des Leipziger Aktionsprogramms steht und sich in den bisherigen Kämpfen als Führerin des deutschen Proletariats bewährt hat, wird durch das Ausscheiden dieser Elemente nur an innerer Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit gewinnen.

Gewiß ist es bedauerlich und niederdrückend, daß diese Umgruppierung der proletarischen Kräfte, die mit einem

Die Wahlen in Oesterreich

Am Sonntag fanden in Deutschösterreich die Parlamentswahlen statt. Sie zeigten dieselbe Erscheinung, wie die Wahlen zum Deutschen Reichstag am 6. Juni. Obwohl das endgültige Ergebnis noch nicht vorliegt, steht doch schon fest, daß die sozialdemokratischen Stimmen zurückgegangen sind. Auch in Oesterreich fühlten sich nach der Revolution kleinbürgerliche Bevölkerungsschichten zur sozialdemokratischen Partei hingezogen. Sie glaubten, daß nach dem Zusammenbruch die Sozialdemokratie in der Lage sei, auf den Trümmern des Weltkrieges blühende Gärten zu errichten. Diese Wählerfraktionen wandten sich nun zum Teil wieder von der Sozialdemokratie ab, weil ihre Wünsche nicht in Erfüllung gingen. Sie glauben nunmehr, daß die bürgerlichen Parteien in der Lage sein könnten, die früheren „gesegneten Zustände“ wieder herzustellen. Auch diese Hoffnung wird sich sehr bald als ein Trugbild erweisen.

Einen großen Reinfall haben bei den Wahlen die Kommunisten erlitten. In Wien, wo sie sich schon als die Alleinherrscher betrachteten, brachten sie ganze 14000 Stimmen auf. Es wird ihnen nicht gelingen, in ganz Oesterreich auch nur ein Mandat zu erobern. Nach den bisherigen Feststellungen sind 51 Sozialdemokraten, 62 Christlichsozialisten und 12 Großdeutsche gewählt. Die Sozialdemokratie, die in der Nationalversammlung die stärkste Partei war, ist damit an zweiter Stelle gerückt. In Wien haben die Sozialdemokraten 28 Mandate erhalten (3 verloren), die Christlichsozialen 16 erhalten (5 gewonnen), die Großdeutschen 5 erhalten (1 gewonnen).

Genosse Seliger gestorben

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Teplitz, 18. Oktober.

Heute abend um 7 Uhr starb an den Folgen einer Mutvergiftung der Vorsitzende der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Tschechoslowakischen Republik, Genosse Joseph Seliger, im 50. Lebensjahre.

Gegen die Ausweisung Sinowjews Antrag der Unabhängigen Fraktion

Die Unabhängige Fraktion des Reichstags hat folgenden scharfen Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, gegen die auf Beschluß der Reichsregierung erfolgte Ausweisung Sinowjews und Losowskys Protest zu erheben und die Reichsregierung zu ersuchen,

für sofortige Aufhebung der Ausweisungsverfügungen und für die Beseitigung der Gesetzesbestimmungen Sorge zu tragen, auf Grund deren Ausländer als „lästig“ ausgewiesen werden können.

Damit hat die Unabhängige Fraktion zum Ausdruck gebracht, daß sie trotz der wüsten Beschimpfungen der U. S. P. D. durch Sinowjew und Losowsky nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß das Asylrecht gegenüber jedem Ausländer zu wahren und sie bereit ist, es für jeden Ausländer zu verlangen.

Sinowjew und Losowsky sind als lästige Ausländer aus Preußen ausgewiesen worden. Beide dürfen ihre Wohnung nicht verlassen und sind unter Bewachung einiger Polizeibeamten gestellt. Ein telephonischer Verkehr mit der Außenwelt ist beiden nicht gestattet. Gegen die Ausweisungsverfügung haben sowohl Sinowjew wie Losowsky Einspruch erhoben und Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld ihre Vertretung übertragen. Genosse Rosenfeld hat gestern mit den beteiligten Ministerien verhandelt, und wir erwarten bestimmt, daß die Regierung alle weiteren polizeilichen Scherereien aufgibt und die Ausweisungsgebote zurücknimmt. Losowsky ist übrigens die Einreiseerlaubnis nach Italien nicht erteilt. Er sowie wie Sinowjew haben ohnedies die Absicht, so schnell wie möglich nach Rußland zurückzukehren.

Schutz den Gehegten und Verfolgten Eine Anneskieforderung der U. S. P. D.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat auf ihrem Parteitag in Halle am Sonntag folgende Resolution Barth-Rosenfeld einstimmig angenommen:

In der Erwägung, daß noch zahlreiche politische Gefangene in Deutschland hinter Kerkermauern schmachten, daß die blutbedeckten Reaktionen Ungarns, Polens und Rußlands hier ungehindert für die Reaktion tätig sind, daß jedoch die Opfer des weißen Schreckens aller Länder von den deutschen Schergen verfolgt, gehegt, ausgewiesen und ausgeliefert werden, beschließt der Parteitag der U. S. P. D. in Halle im Oktober 1920, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, mit aller Kraft darauf hinzuwirken, daß 1. eine Amnestie aller politischen Gefangenen, daß 2. das Asylrecht aller politischen Gefangenen sichergestellt wird. Der Parteitag erwartet von der Fraktion der U. S. P. D., daß sie alles tun wird, um die Annahme dieser Gesetze zu erzwingen. Allen hinter Kerkermauern schmachtenden Revolutionären, sowie allen Gehegten politischen Flüchtlingen anbietet der Parteitag seinen Schutz und verpflichtet die Parteigenossen, überall Unterstützungskommissionen ins Leben zu rufen, die sich aus Vertretern aller Arbeiterparteien zusammensetzen.

zeitweiligen Schwächung ihrer Stellung verbunden ist, vorgenommen werden muß im Angesicht der erstarkenden Reaktion und der Befestigung der politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Bourgeoisie. Und noch bedauerlicher und niederdrückender ist es, daß die Parteiführer, die wir durchleben, weniger der Tatsache zuzuschreiben ist, daß in unserer Partei zwei gegensätzliche Tendenzen miteinander stritten, als dem Umstande, daß das Sprengpulver von außen her in unsere Partei hineingetragen wurde. Die gegensätzliche Tendenzen in der Partei wären im Prozeß einer normalen Entwicklung zweifellos überwunden worden; doch die brutale Faust Moskaus hat diesen Assimilierungsprozeß, der im Interesse der gesamten proletarischen Entwicklung gelegen wäre, unterbrochen und die Frage gestellt, wie sie heute steht: entweder Selbstmord der unabhängigen Sozialdemokratie oder scharfe Trennungslinie zwischen Unabhängigen und Kommunisten!

Dieser Vorgang gewinnt im Rahmen der gesamten politischen Entwicklung eine Bedeutung, die auf die internationale Arbeiterbewegung und die internationale Politik zurückwirken wird. Was sich auf dem Parteitag in Halle abgespielt, war keine innere deutsche Angelegenheit. Es war die erste große Auseinandersetzung auf westeuropäischem Boden zwischen dem bolschewistischen Kommunismus Sowjet-Russlands und dem wissenschaftlichen Sozialismus der vorgeschrittenen kapitalistischen Länder. Es war ein Kampf zweier Weltanschauungen, zweier Methoden proletarischer Politik, und zugleich der erste Versuch gewalttätiger demagogischer Einwirkung der bolschewistischen Diktatoren auf den Gang der deutschen Arbeiterbewegung und der deutschen Politik.

Wir brauchen es nicht zu bedauern, daß diese offene Auseinandersetzung in Halle stattgefunden hat. Die Deklaration des Kommunistischen Exekutivkomitees und noch mehr das selbstherrliche Auftreten Sinowjews und Losowskys haben zahlreichen deutschen Arbeitern die Augen geöffnet. Solange der Bolschewismus als Repräsentant der zur Tat gewordenen Sozialismus galt, war er für den deutschen Arbeiter ein Heiligtum. Man übersah geflissentlich seine Schattenseiten, man unterdrückte jede Kritik, man অপেরte dem Solidaritätsempfinden mit dem kämpfenden russischen Proletariat auch die Einwendungen des eigenen sozialistischen Gewissens. Als jedoch der Bolschewismus in scharfem Selbstüberhebung, in düsterem Unfehlbarkeitsfanatismus seine Methoden auch auf den Boden Westeuropas übertrug, als er den natürlichen Entwicklungsprozeß der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des westeuropäischen Proletariats bedrohte und seine primitive, rückständige Denk- und Kampfmethode vor aller Welt entfaltete, erst dann bäumte sich das sozialistische Bewußtsein der marxistisch geschulten Massen gegen ihn auf, erst dann offenbarte sich die tiefe Kluft, die zwischen den sich sammelnden Kerngruppen der sozialen Revolution Westeuropas und den kommunistisch frisierten Aposteln der russischen Bauernrevolution besteht.

Scheinbar haben diese Apostel in Halle einen „Sieg“ errufen. Doch dieser Sieg ist für sie ein Pyrrhuskrieg geworden, denn mit der Abspaltung des kommunistischen Flügels von der U. S. V. D. haben sie weder den Aufbau der dritten Internationale noch das Interesse der russischen Revolution gefördert. Nach den Vorgängen in Halle, die die Zertrümmerungspolitik des Moskauer Exekutivkomitees so deutlich offenbart haben, wird die Ablehr des westeuropäischen Proletariats von der dritten Internationale in ihrer jetzigen Form noch schneller als bisher vor sich gehen. Und für die russische Revolution war die Redeschlacht in Halle nicht viel weniger eine Marne Schlacht, denn jene Einheit und Geschlossenheit des proletarischen Solidaritätsempfindens, die für Sowjet-Russland so ungeheuer wertvoll ist, hat durch die Selbstherrlichkeit und Unvernunft der russischen kommunistischen Führer einen Sprung bekommen, der kaum sobald zu reparieren ist.

Im Interesse der russischen Revolution hätten wir gewünscht, daß es nicht zu dieser Auseinandersetzung gekommen wäre. Doch im Interesse der deutschen Revolution, im Interesse des fortschreitenden revolutionären Prozesses in den westlichen Ländern begrüßen wir es, daß nun endlich über die Methoden der russischen Revolution klar und ohne Umschweife gesprochen wird. Wir begrüßen es, daß sich endlich das Bewußtsein des marxistisch geschulten Teils der deutschen Arbeiterklasse aufbaut gegen die Bevormundung der bolschewistischen Diktatoren, und daß er in Erkenntnis seiner eigenen Aufgaben daran geht, ein festes Zentrum für praktische revolutionäre Arbeit auf deutschem Boden und für den Zusammenschluß des internationalen Proletariats zu schaffen.

Wir wissen, daß die Arbeit, die unserer Partei bevorsteht, nicht leicht sein wird. Wir werden anzukämpfen haben gegen den verbotenen Fanatismus von links, wie gegen den kurzfristigen Parteiegoismus und die spekulierende Beschränktheit von rechts. Wir werden manchen Strauß auszufechten haben mit dem wirklichkeitsfremden Utopismus politisch ungeschulten, von Arbeitslosigkeit und Not gequalter Proletariatsmassen, wie mit dem Kleinbürgerlichen Reformismus jener rechtssozialistischen Schichten, die sich an die Formen der bürgerlichen Demokratie klammern und in ihnen die Verwirklichung der Demokratie schließlich erblicken. Wir wissen, daß unser Kampf nicht leicht sein wird, und daß wir nicht nur die Gerissenheit rechtssozialistischer Geschäftspolitiker und die Strupellosigkeit bolschewistischer Agenten, sondern auch die Stimmung breiter proletarischer Massen zeitweilig gegen uns haben werden. Doch im Bewußtsein unserer revolutionären Pflicht und unserer Verantwortung für die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung sprechen wir auch vor Unpopularität nicht zurück. Wir wagten es, unpopulär zu sein, als in den Augusttagen 1914 die nationalistische Welle alle Schranken des sozialistischen Bewußtseins niederriß und wir nur als kleines Häuflein dem allgemeinen Sturm gegenüberstanden. Wir wagten es auch jetzt, uns der Hypnose der Moskauer Diktatoren entgegenzustellen, denn nur aus eigener Kraft, nur gestützt auf eigene klare Erkenntnis und geleitet von den Grundgedanken des wissenschaftlichen Sozialismus, wird unsere Partei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, ihre historische Mission erfüllen, als Massenpartei des deutschen Proletariats den Sozialismus in Deutschland zum Siege zu führen.

Ein schwedisches Liebeswerk für die deutschen Kinder. Das Schwedische Rote Kreuz hat das Sanatorium Sonnenstein in Bad Sulza in Thüringen gekauft und will es als schwedisches Kinderheim zur Pflege unterernährter deutscher Kinder verwenden. Der schwedische Reichstag bewilligte hierfür 50.000 Kronen und das Schwedische Rote Kreuz 100.000 Kronen. Das Sanatorium wird den Namen „Prinz Karl von Schweden-Stiftung“ erhalten.

Die Diktatur über das Proletariat Gewaltmaßnahmen gegen Arbeiter

Die Moskauer Buchdrucker-Gewerkschaft war die letzte gewerkschaftliche Organisation, die sich bis vor kurzem ihre Selbständigkeit bewahren konnte. Sie war deshalb dauernden Verfolgungen durch die Sowjetbehörden ausgesetzt. Als im Sommer die englische Arbeiterdelegation in Russland weilte, hielten die Moskauer Buchdrucker eine Versammlung ab, die von 4000 Arbeitern besucht war. Dabei wurden den englischen Delegierten einige Klagen über das terroristische Regime vorgebracht. Das hat die Kommunisten sehr aufgebracht. Der Genosse Jachareff, der eine Resolution gedruckt haben sollte, die in der Versammlung angenommen worden war, wurde verhaftet, es setzte eine Bearbeitung der öffentlichen Meinung ein und schließlich schritten die Kommunisten dazu, die ganze Buchdruckerorganisation zu zerstören. Das ist ihnen auch gelungen. Die kommunistische Presse meldete vor einigen Wochen, daß die russischen Buchdrucker sich geschlossen für die kommunistische Partei erklärt hätten. Wie dieser Beschluß zustande kam, darüber unterrichtet ein Aufruf, den die Buchdrucker-Gewerkschaft an die Arbeiter der ganzen Welt richtet und in dem es heißt:

Während annähernd eines Monats bearbeiteten die Kommunisten mit Hilfe ihres Monopols die öffentliche Meinung. Sie logen und verunkundeten ohne Scham. Endlich verhafteten sie in der Nacht vom 17. auf den 18. Juni alle Mitglieder der Verwaltungszentrale der Gewerkschaft und alle diejenigen, die verantwortungsvolle Posten innerhalb der Gewerkschaft inne hatten, mit Ausnahme von denjenigen, die noch Zeit hatten, sich zu verbergen. Am Morgen des 18. Juni wurden die Räume der Gewerkschaft von bewaffneten Regierungssoldaten besetzt und alle diejenigen, die aus irgendeinem Grunde den Kommunisten mißfallen hatten, wurden verhaftet. Gleichzeitig wurden Hausdurchsuchungen in mehreren Privatwohnungen der Angestellten der Gewerkschaft vorgenommen. Dieser neue Gewaltakt gegen die Arbeiterklasse hatte eine heftige Erschütterung unter den Moskauer Buchdruckern hervorgerufen. Sie wußten sehr gut, daß die Verwaltungszentrale der verfolgten Buchdrucker-Gewerkschaft nicht nur ein Vollzugsorgan der Mitglieder der Gewerkschaft ist, sondern daß er die wahre Vertretung der Drucker ist, weil er, im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften und Regierungsinstitutionen, auf Grund von Urwahlen gewählt worden war.

Ein Teil der Arbeiter hatte die Arbeit niedergelegt und verlangte die Befreiung der Verhafteten. Die herrschende Partei griff darauf zu einem Mittel gegen die streikenden Arbeiter, wie es die Bourgeoisie aller Länder niemals wagen würde zu gebrauchen. Den Streikenden wurden die Lebensmittelkarten entzogen, eine Maßnahme, die unter den in Russland herrschenden Verhältnissen die grausamste und unzulässigste ist, die hätte ergriffen werden können. Gleichzeitig wurde die Verhaftung der Kollegen vorgenommen, die zum Streik aufgefordert hatten.

Diese beiden Maßnahmen erreichten ihr Ziel: die Streikenden mußten wieder zur Arbeit, und unter dem Druck der Maßnahmen wurden die Arbeiter gezwungen, für eine Resolution zu stimmen, in der der früheren Zentralverwaltung das Mißtrauen (wörtlich: „die Verachtung“) ausgesprochen wird. Die streikenden Buchdrucker wenden sich an die internationale Arbeiterbewegung und erklären: Sie sind zusammengebrochen unter dem Druck der rohen physischen Macht und ihnen ist nur eins geblieben: auf die moralische Macht der internationalen Arbeiterbewegung zu hoffen. Die streikenden Drucker erklären, daß das Recht auf ihrer Seite war, und nicht auf Seite der Kommunisten. Sie erklären, daß die neue Zentralverwaltung ihrer Gewerkschaft, welche ihnen mit Gewalt aufgezwungen wurde, keinen Einfluß und kein Ansehen bei ihnen besitzt, daß im Gegenteil alle ihre Sympathien, all ihre Liebe auf Seite derer ist, die im Gefängnis sitzen, auf Seite der alten Führer ihrer Gewerkschaft!

Die verhafteten Mitglieder des Zentralkomitees sind inzwischen zu Zwangsarbeit von sechs Monaten bis zu zwei Jahren verurteilt worden. Das Urteil wurde auf administrativem Wege verhängt, das heißt: es fand kein Prozeß statt, die Verurteilten hatten nicht die Möglichkeit, sich zu rechtfertigen. Und nun fragen wir die deutschen Arbeiter, ob sie derartige Methoden gutheißen können und ob wir nicht im Rechte sind, wenn wir uns gegen die Uebertragung der russischen Methoden auf Deutschland mit allen Mitteln wehren?

Ein Brief des Genossen Serrati Serrati ausschlußfrei?

In einem an die „Humanität“ gerichteten Brief schreibt Genosse Serrati, der Chefredakteur des „Avanti“: Wir sind alle für die Moskauer Punkte. Jedoch gehen unsere Auffassungen hinsichtlich deren Anwendung auseinander. Ich trete dafür ein, daß die Partei von schädlichen Elementen gesäubert werden muß und ich habe den Ausschluß von Turati beantragt, aber wir dürfen die Massen der Gewerkschaften und Genossenschaften nicht verlieren. Die anderen wollen eine radikale Scheidung. Das ist der Unterschied. . . .

Reine Auffassung in diesem Augenblick ist die, daß sich die italienische sozialistische Partei so wenig wie möglich strallen darf, wenn sie auch alle Führer aus ihrem Schoße entfernen muß, welche sich im völligen Gegensatz zur 3. Internationale gestellt haben. Wir haben hinter uns die Gewerkschaften, die Genossenschaften und werden Ende des Monats mindestens 3000 Gemeinden in unserer Hand haben. Es wäre wahrlich eine Verurteilung, all dies einer reinen Theorie wegen preiszugeben, die überdies nicht einmal marxistisch ist.

Genosse Serrati sieht sich in demselben Widerspruch wie Genosse Prossard. Beide erkennen die Moskauer Bedingungen theoretisch an, sehen sich aber durch ihre Stellungnahme zu den Gewerkschaften praktisch in einen ganz bewußten Gegensatz zu Moskau. Bei strikter Anwendung der Moskauer Bedingungen wären beide schon dadurch dem Ausschluß verfallen!

Sinowjew lacht

Das deutsche Proletariat hat am Sonnabend in Halle eine seiner dunkelsten Stunden erlebt. Die starke Partei der revolutionären Arbeiterschaft wurde gespalten durch das Diktat von Moskau. Wer die Augenblicke des Auszugs der Delegierten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus dem Parteitagsgelände erlebt hat, der wurde gewaltig erschüttert, der wurde bis in die Tiefen der Seele von dem schweren Ernst dieser Stunde, die das Proletariat so schwer geschwächt hat, getroffen.

Sinowjews Aufgabe war erfüllt. Die U. S. V. D. hatte nicht durch die Bourgeoisie die schwerste Niederlage erlitten, sondern hatte sich selbst auf Antrieb von Moskau durch ihren inneren Zwiespalt befügt. Auch die Befürworter der Bedingungen sahen dem Schauspiel mit größter Erregung zu, aber Sinowjew lachte.

Und als die aus der Partei Ausgeschiedenen zurückgeblieben waren, da erhob er sich, um den Triumph in seiner vollen Größe

auszustofsen. Derselbe Mann, der zwei Tage vorher die Segner der Bedingungen geirrt hatte, welche Vorschläge sie zu ihrer Abänderung zu machen hätten, der den Anschein zu erwecken gesucht hatte, als ob er zu neuen Verhandlungen bereit gewesen wäre, dieser Mann wußte im Augenblick nichts anderes zu tun, als aufs neue seine Register von Beschimpfungen zu ziehen.

Nicht nur, daß er Crispian mit Scheidemann auf eine Stufe stellte, daß er die Mitglieder und Delegierten der U. S. V. D. als bürgerliche und halbbürgerliche Elemente bezeichnete, er wagte es auch, zu behaupten, daß die Mitglieder der U. S. V. D. die den Saal verlassen haben, in die bürgerliche Gesellschaft sich zurückgezogen hätten.

Aber nicht genug damit, Sinowjew verkündete auch, daß nunmehr die Spaltung weitergehen und auf andere Länder übertragen werden soll. Was in Halle begonnen hat, das soll nunmehr in Frankreich, in Italien, in anderen Ländern, wo das Proletariat um die Befreiung vom Kapitalismus ringt, fortgesetzt werden.

Der Sonnabend war ein Trauertag für das internationale revolutionäre Proletariat. Sinowjew aber lachte!

Bayerns äußere Politik

Wie sehr sich in den letzten Monaten der bayerische Konterrevolutionäre Partikularismus gestärkt hat, beweisen die letzten Verhandlungen im bayerischen Landtag über das Ministerium des Innern. Nachdem die Regierung Hoffmann sich im Einvernehmen mit den Parteien bereits entschlossen hatte, das Ministerium zu liquidieren, hat die Regierung Rahr-Escherich, unterstützt von den bürgerlichen Parteien, es abgelehnt, diese Liquidierung jetzt vorzunehmen. Sie hält diese Maßnahme „im Augenblick“ gerade nicht für opportun. Die Aufgaben des Ministeriums des Innern haben sich nach Rahr unerwarteterweise „vermehrte und vertieft“. Dies trete äußerlich schon dadurch in Erscheinung, daß Sachlen, Wittenberg und das Reich in München diplomatisch vertreten sind. Die Zahl der Konsulate habe zugenommen, und die Bayerische Regierung müsse die Vorgänge in der auswärtigen Politik „verfolgen“, um den bayerischen Einfluß auf die Reichspolitik aufrechtzuerhalten. Daß die Reichsverfassung die äußere Politik einzig und allein dem Reiche zuweist, interessiert Herrn Rahr natürlich nicht, denn die Reichsverfassung ist in Weimar gemacht worden, und das ist für Bayern Ausland.

Der einzige Ausweg

Die technischen Angestellten und Beamten für Sozialisierung

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten teilt mit: Der Brandenburgische Gautag des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, die Vertretung von über 20.000 Technikern, stellt fest, daß alle bisherigen Versuche, zu einem Aufbau Deutschlands zerrütteter Wirtschaft zu kommen, selbige gescheitert sind. Auf der einen Seite steigt der Lutz der bestehenden Klassen ins Ungemessene, während die Masse des Volkes tiefer und tiefer im Elend verinkt.

Der einzige Weg zur Rettung ist die auf der Bedarfsdeckung beruhende vergesellschaftete Wirtschaft. Angesichts des in greifbarer Nähe rüdenden allgemeinen Zusammenbruchs muß ohne Verzug das ganze Wirtschaftsgebäude in den Dienst der Allgemeinheit gestellt werden. Die technischen Angestellten denken nicht daran, sich mit einer Scheinsozialisierung abzufinden und fordern als Mindestmaß dessen, was in der aller kürzesten Zeit zu verwirklichen ist, die Sozialisierung des gesamten Bergbaus nach Vorschlag I der Sozialisierungskommission. Sie fordern ferner die Sozialisierung der anderen wichtigsten Grund- und Rohstoffe und den sofortigen Beginn der Vorarbeiten für die Sozialisierung der lebenswichtigen Industriezweige.

Der Gautag ruft deshalb alle Gewerkschaften auf, wer und wo sie auch seien, ihre ganze Kraft in die Verwirklichung dieses Zieles zu setzen. Die Angestellten und ihre Vertretungen müssen den Betriebsräten das Material zur Uebernahme der Produktionskontrolle verschaffen. An alle aber rufen sie die Forderung, auf die Parteien sowohl als auf die Regierung mit den stärksten Mitteln einzuwirken. Werden diese Forderungen nicht erfüllt, und zwar in aller kürzester Zeit, so bleibt als einziger Weg nur die von den Gewerkschaften getragene Selbsthilfe der gesamten Arbeitnehmererschaft.

In dem Manifest, das die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf dem Parteitag in Halle beschlossen hat, wird gesagt, daß im Vordergrund der Kämpfe um die Eroberung der politischen Macht die Verwirklichung des Sozialismus stehen muß. Das Manifest fordert deshalb die proletarische Massenaktion zur Durchführung der Sozialisierung in den entscheidenden Wirtschaftszweigen. Vorangestellt wird der Kampf um die Sozialisierung des Bergbaus. Hier ist eine Basis geschaffen, auf der sich das gesamte Proletariat zusammenschließen muß. Wir begrüßen deshalb den Beschluß der technischen Angestellten und Beamten und hoffen, daß die Gemeinschaft der Kopf- und Handarbeiter die zusehenden Einflüsse der Klassenpolitik recht bald überwinden wird durch ihren Kampf um praktische, reale Ziele.

Sturm auf gegen die Sozialisierung

Der Sturm auf des Unternehmertums gegen die Sozialisierung der Bergwerke verstärkt sich immer mehr. Nunmehr hat auch der Reichsverband der deutschen Industrie die bereits vorliegenden Proteste um eine Resolution vermehrt. In dieser wird über die beiden vorliegenden Sozialisierungsentwürfe ausgeführt:

Beide Vorschläge entsprechen nicht den Hauptforderungen, daß durch sie die Hebung der Förderung mit Sicherheit erreicht und auf jeden Fall die Erzeugung der deutschen Volkswirtschaft vor fremdländischer Beeinflussung geschützt werden. Der Reichsverband der deutschen Industrie hält dafür, daß durch die Beratung der Frage in den sachverständigen und zuständigen Körpern des Reichswirtschaftsrates und des Reichstages Grundlagen für eine Ausgestaltung der Kohlenwirtschaft gefunden werden können, die vor allen Dingen den für die deutsche Volkswirtschaft unerträglichen Kohlenmangel in kürzester Frist abzuheilen geeignet sind.

Die Industriellen ahnen sehr wohl, daß eine Sozialisierung der Bergwerke nur der erste tastende Schritt auf diesem Wege darstellen würde. Sie wollen unter dem Vorwand einer Hebung der Produktion das Privatmonopol an dem Boden beibehalten, trotzdem sie genau wissen, daß gerade dieses einer Wehrung der Produktion im Wege steht. Es braucht hier nur daran erinnert zu werden, daß das große Bergbaukapital in der Vergangenheit viele Schächte hat verkaufen lassen, lediglich, um sich deren Konkurrenz vom Hals zu schaffen. Es scheint, daß man diese Verbrechen des Kapitals heute geflissentlich verschweigt.

Die Holzlieferungen. In diesen Tagen haben in Paris Verhandlungen begonnen, in denen über die Holzlieferungen an die Entente auf Grund des Friedensvertrages beraten werden wird.

Ein Zentrumminister

Die Stellung des Reichsernährungsministers Hermes ist erfüllt. Er hat seit Beginn seiner Amtstätigkeit eine agrarische Politik betrieben. Er hat dem Drängen der Agrarier nach fortgesetzter Erhöhung der Preise und Befestigung der behördlichen Zwangsmaßnahmen ebenso nachgegeben, wie dem Bestreben des Handels, die wucherische Ausbeutungsfreiheit wieder herzustellen. Unter seiner Amtszeit ist die landwirtschaftliche Erzeugung weiter erheblich zurückgegangen und die Ablieferung der behördlich bewirtschafteten Waren noch wesentlich geringer geworden als früher. Die Preise aber sind fortgesetzt weiter gestiegen, so daß die Not und das Elend der Massen sich unausgesetzt vermehren mußten.

Wir haben deshalb die Politik des jetzigen Ernährungsministers von Anfang an entschieden bekämpft und die agrarische Liebedienerei, von der sie getragen war, rücksichtslos enthüllt. Wir haben aber auch bereits vor Monaten, nachdem zuerst durch einen unabhängigen Abgeordneten dem Minister im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages die Möglichkeit gegeben war, sich von den gegen ihn erhobenen Vorwürfen gegen sein persönliches Verhalten zu rechtfertigen, er dazu aber nicht imstande war, auch in aller Öffentlichkeit die Angriffe gegen ihn erhoben. Wenn diese Angriffe gegen sein persönliches Verhalten stärker und stärker geworden sind und sein sofortiger Rücktritt jetzt unausweichlich ist, so ist das für den Kenner des Aufstiegs dieses Ministers keine Überraschung. Ob die gegen sein Verhalten gerichteten Angriffe in jedem einzelnen Punkt richtig sind, wollen wir nicht entscheiden. Die Tatsache aber, daß sie fortgesetzt unwidersprochen erhoben werden können und zum mindesten in einem erheblichen Maße vollkommen zutreffend sind, zeigt die Unhaltbarkeit des Verbleibens dieses Mannes im Amt.

Eine Seite der Angelegenheit aber ist bisher in der Öffentlichkeit noch nicht besprochen worden, obwohl gerade sie zu den fortgesetzten Angriffen gegen Hermes erheblich beigetragen haben dürfte. Das ist nämlich die Art und Weise, wie in Deutschland Ministerstellen geschaffen und Ministerposten besetzt werden.

Im Jahre 1919 ist aus sachlichen Gründen das Reichsernährungsministerium mit dem Reichswirtschaftsministerium vereinigt worden. Es war dies notwendig, weil die organisatorische Trennung der beiden Aufgaben erhebliche Kosten verursachte und die Gefahr der Zersplitterung der Einheitlichkeit der Wirtschaftspolitik heraufbeschwerte. Nach dem Kapp-Putsch im März 1920 aber wurden die beiden Ministerien trotzdem wieder getrennt und das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in die Hände des Zentrumsmannes Hermes gegeben. Die Reichskasse wurde dadurch mit einer Millionenausgabe überflüssig belastet.

Warum wurde dieser Schritt getan? Zweierlei Gründe haben vorgelegen. Der eine war die Hoffnung der Agrarier, in einem selbständigen Ministerium der Ernährung und Landwirtschaft, das losgelöst ist von der Erledigung der allgemeinen wirtschaftlichen Angelegenheiten, ihre eigenen Interessen leichter durchsetzen zu können. Diese Hoffnung ist ja auch in Erfüllung gegangen. Der zweite Grund war, daß die Zentrumspartei einen ihrer Anhänger, weil er ein willfähriger Diener der Zentrumspolitik ist, zum Minister machen wollte.

Diese Behauptung ist so ungeheuerlich, daß wir für sie genaue Angaben machen wollen. Ende des Jahres 1919 haben drei sehr einflussreiche Zentrumsabgeordnete dem preussischen Ministerpräsidenten als auch dem damaligen Finanzminister Erzberger eine Denkschrift überreicht, die von dem letzteren zur Veröffentlichung weitergegeben worden ist. In dieser Denkschrift wird Dr. Hermes, der im Dezember 1919 noch Sektionsleiter im Reichswirtschaftsministerium war und zu dieser Zeit vor der Ernennung zum Ministerialdirektor stand, aufs wärmste als künftiger Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium empfohlen, und zwar mit folgender höchst eigenartigen Begründung:

„Abgesehen von den allgemeinen Eigenschaften, die von einem Beamten in der exponierten Stellung eines Unterstaatssekretärs verlangt werden müssen, ist für diesen Posten im Reichswirtschaftsministerium unerlässliche Vorbedingung repräsentative Erscheinung, Redegewandtheit und diplomatische Beweglichkeit. Gerade auf diese Eigenschaften ist besonderer Wert zu legen.“

Von Dr. Hermes wurde behauptet, daß er diese Eigenschaften besitze. Den Kernpunkt dieser merkwürdigen Denkschrift bildeten aber folgende Sätze, die als entscheidend dafür angeführt werden, daß Hermes zum Unterstaatssekretär gemacht werden sollte:

„Endlich muß aber auch Wert darauf gelegt werden, daß der neue Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Katholik und Zentrumsmann ist. Bereits seit langem wird es in katholischen Kreisen unangenehm empfunden, daß es der Zentrumspartei trotz ihres ausschlaggebenden Einflusses in der jetzigen Regierung noch nicht gelungen ist, Katholiken in einflussreichen Stellungen der Ministerien unterzubringen. Bisher dürfte, abgesehen von den parlamentarisch besetzten Regierungsstellen, noch kein katholischer Unterstaatssekretär im Amt sein. Es muß aber auch der Zentrumspartei daran liegen, hervorragende tüchtige Kräfte der eigenen Partei in Stellen der beamteten Unterstaatssekretäre unterzubringen, damit einmal der Einfluß der Partei gesichert bleibt, auch wenn sie selbst vorübergehend infolge anderer politischer Konstellationen von der Regierung ausgeschlossen sein sollte, ferner um das Ansehen der Katholiken überhaupt zu heben und weiterhin um die Unterbringung des Nachwuchses in entsprechenden Stellen sicherzustellen. Gerade der einflussreiche Posten des Unterstaatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium dürfte hierfür besonders geeignet sein, zumal den katholischen Kreisen dadurch Gelegenheit gegeben würde, auch in Einzelfragen maßgeblichen Einfluß auf das deutsche Wirtschaftsleben auszuüben.“

Es heißt dann weiter in der Denkschrift als Argument zur Beförderung von Hermes zum Unterstaatssekretär:

„Trotz Drängens des Unterstaatssekretärs von Roßendorff hat Hermes als einziger Sektionsleiter des Reichswirtschaftsministeriums es durch diplomatische Geschicklichkeit verstanden, die Uebertragung der gebundenen Planwirtschaft auf die Landwirtschaft und die mit ihr eng zusammenhängenden Industrie (Erdfisch, Futtermittel usw.) zu vermeiden.“

Dieses Dokument zeigt die vollendete Heuchelei der bürgerlichen Parteien, die stets behaupten, daß die Regierung über den Parteien stehe, und daß in den einzelnen Ministerien nur sachliche Gründe ausschlaggebend seien. Die Denkschrift liefert den unwiderleglichen Beweis, daß gerade die bürgerlichen Parteien unter Preisgabe aller sachlichen Gründe ihre eigenen politischen Interessen stets höher stellen als die allgemeinen Interessen, zeigt, daß, wie in anderen Fällen die Deutschnationalen oder die Stinnes-

leute, in diesem Fall die Zentrumspartei alle Hintertreppen benutzt hat, um kritiklose, willenlose und unfähige Parteianhänger in einflussreiche Stellungen zu bringen, um dann sowohl die Wirtschaftspolitik den Parteinteressen dienstbar zu machen, als auch für die Unterbringung anderer getreuer Anhänger zu sorgen.

Daß Dr. Hermes nicht einmal für den Posten eines Unterstaatssekretärs die ausreichende Befähigung hatte, geschweige denn die für den Posten eines selbständigen Ressortministers, zeigt die Tatsache, daß der Unterstaatssekretär in der Reichsfinanzlei Albert an den Rand dieser Denkschrift folgende Worte schrieb:

„Dieser Mann ist nach den Schriftstücken ein Juwel, nach meiner Kenntnis und Information hat er nicht das erforderliche Ausmaß. Vor allem fehlt ihm die Erfahrung in der Staatsverwaltung und die Kenntnis ihres Apparates. Dieser Mangel kann durch die katholische Konfession wohl nicht ganz ausgeglichen werden. Die Kandidatur wird auch zu heiß betrieben.“

Trotz dieses Urteils wurde Hermes nach dem Kapp-Putsch Minister. Dieses von seiner Partei so überaus gefördert schnelle Avancement eines für diese Aufgaben durchaus ungeeigneten Mannes mußte von vornherein eine lebhafteste Kritik seiner Tätigkeit wachrufen. Das ist denn auch geschehen, ebenso wie die Zahl seiner Reider größer und größer wurde. In dieser Situation scheint Hermes zu dem Ausweg gegriffen zu haben, ihm ergebene Personen dauernd an sich zu fesseln. Denn was seit geraumer Zeit über die willkürliche Art von Beförderungen in diesem Amt an die Öffentlichkeit gelangt, läßt nur schwer eine andere Deutung zu.

Trotz dieser Tatsachen wagt die Zentrumsparteiforrespondenz die Behauptung, daß die gegen Hermes gerichteten Anschuldigungen nur parteiegoistischen und parteitaktischen Zwecken dienen. Das trifft zu, aber nicht für seine Angreifer, sondern für seine Verteidiger, die wie die Zentrumspartei ihn erst auf Hintertreppen in das Amt gehoben haben, damit er dort unter dem Dämantel des Katholizismus agrarische Politik betreiben.

Wenn nun demgegenüber vor einigen Tagen gemeldet wurde, daß die Untersuchung der gegen Hermes erhobenen Anschuldigungen vom Reichsminister im Innenministerium mit dem Kabinett des Reichsjustizministers und dem Reichsfinanzminister übertragen worden ist, so müssen wir offen erklären, daß wir zu dieser Untersuchung nicht das geringste Vertrauen besitzen. Denn es handelt sich nicht allein um die Feststellung, ob Hermes persönliches Verhalten angreifbar ist, sondern auch um die Tatsache der politischen Korruption der bürgerlichen Parteien. Hier liegt die Wurzel des Übels, eine Wurzel, die untrennbar ist vom bürgerlichen Parlamentarismus.

Fraktion Eichhorn

Zu Montag hatte die Unabhängige Reichstagsfraktion eine Sitzung einberufen. Zu dieser Sitzung waren die Anhänger der 21 Bedingungen nicht mehr erschienen. Statt dessen prangte im Vorraum des Reichstages an der Tafel eine Einladung für eine Sitzung der Fraktion U. S. P. D. (Eichhorn) zu Dienstag mittag 12 Uhr.

Danach ist die Scheidung der Geister auch in der Reichstagsfraktion bereits vollzogen, und zwar durch den freiwilligen Austritt der Moskauer Anhänger, die damit anerkennen, daß sie, nachdem sie aus der Partei der U. S. P. D. ausgeschieden sind, auch nicht mehr der Fraktion der U. S. P. D. angehören können.

In welcher Verlegenheit aber die 22 Moskauer Anhänger sind, zeigt die Tatsache, daß sie entgegen dieser Tatsache künftig im Reichstag unter Beibehaltung des Namens U. S. P. D. als „Fraktion Eichhorn“ firmieren. Sie werden diesen Namen aber nicht lange behalten können, erstens weil es nicht zwei Fraktionen „U. S. P. D.“ geben kann und weil die Neukommunisten ja in Wäde den Anschluss an die kommunistische Partei vollziehen und damit zur Bildung einer kommunistischen Fraktion schreiten müssen.

Zur Fraktion Eichhorn gehören die folgenden 22 Neukommunisten:

Barth, Berthels, Braß, Däumig, Düwell, Eckardt, Eichhorn, Fries, Geier sen., Geier jun., Herzfeld, Hoffmann, Höllein, Koenen, Molahn, Pleitner, Reich, Remmer, Stöcker, Teuber, Wendelsh. Thomas, Frau Wadwig.

Veratungen der Unabhängigen Reichstagsfraktion

Die Unabhängige Reichstagsfraktion hielt gestern nachmittag eine Fraktionssitzung ab. Nach Kenntnisnahme des Austritts der 22 Neukommunisten aus der Fraktion der U. S. P. D., die jetzt aus 50 Mitgliedern besteht, nahm die Fraktion Stellung zu einigen politischen Fragen. Sie beschloß u. a. die Einbringung des an anderer Stelle abgedruckten schleunigen Antrags auf Zurücknahme der Ausweisung von Sinowjew und Losowich und bestimmte als Redner zu dem in der heutigen Sitzung zur Verhandlung stehenden Gesetz über die Kapitalflucht den Genossen Bogherr.

Redaktionswechsel in Halle

Aus Halle wird gemeldet, daß gestern morgen um 6 Uhr die Neukommunisten das halle'sche Parteisekretariat der U. S. P. D. und die Redaktion des „Volksblattes“ besetzt haben. Dem Parteisekretär, Genossen Weisand, wurde der Zutritt zum Bureau verweigert, ebenso durften die beiden bisherigen politischen Redakteure des Blattes, Paul Hennig und Carl Bod, die Redaktionsräume nicht mehr betreten, weil sie Gegner der Moskauer Bedingungen sind.

Daß diese Entwicklung in Halle beginnen würde, war voraussehen. Sowohl der Genosse Hennig als auch der Genosse Bod hatten sich in den letzten Tagen mit erschütternder Deutlichkeit auf die Seite der Gegner der Bedingungen geschlagen, als der von ihnen unternommene Versuch, die Einheit der Partei durch eine vermittelnde Haltung zu retten, an dem Wunsch der Neukommunisten, nach dem Moskauer Diktat die Partei unter allen Umständen zu spalten, gescheitert war.

Zum Nachfolger Hennigs ist Dr. Viktor Stern bestimmt worden. Er gehört zu jenen Neukommunisten, die während ihrer kurzen Tätigkeit in der deutschen Arbeiterbewegung einen großen Mangel an Verantwortungsgesühl an den Tag gelegt haben. Stern, der bis zum Kapp-Putsch unser Essener Parteiblatt leitete, konnte später nicht nach dort zurückkehren, weil seine Haltung während der Kämpfe im Ruhrgebiet größte Erbitterung gegen ihn geschaffen hatte. Er hatte, als alle einflussreichen Genossen sahen, daß ein Weiterkämpfen gegen die U. S. P. D. keinen

wahl heftige Reichswehr nur unnützes Blutvergießen verursachen würde, die Parole ausgegeben: Es gibt kein Zurück! Kampf bis zum letzten Blutstropfen! Als aber dann die Reichswehr anrückte, zog er sich auf eine rückwärtige Stellung zurück und überließ wie die alldentschen Kriegstreiber die praktische Auswirkung seiner Parolen — den anderen.

Reinliche Scheidung auch in Neukölln

Der Ortsverein U. S. P. Neukölln hatte gestern Abend seine Generalversammlung. Dieselbe war überfüllt. Bei ihrer Eröffnung erklärte der Vorsitzende Genosse Harms, daß infolge der in Halle erfolgten Spaltung nunmehr zwei Parteien sich in Saale befinden. Er sehe sich daher genötigt, die Generalversammlung zu schließen und für die Mitglieder der alten U. S. P. eine neue Generalversammlung einzuberufen. Die reichliche Hälfte der Versammlung verließ darauf den Saal unter Führung des Sozialistenmarsches. Die zurückgebliebenen tagten darauf weiter.

Die Lage an der Ostfront

Obwohl der Vorstoß in Riga abgeschlossen ist, gehen die Kämpfe an der russisch-polnischen Front weiter. Die Polen sehen den Vormarsch auf die Njwie fort, die sie nach den Waffenstillstandsbedingungen einnehmen können. Dabei kommt es noch zu äußerst blutigen Kämpfen. Die Polen melden große Kriegsbeute und brüsten mit hohen Gefangenenziffern.

An der ukrainischen Front hat eine bolschewistische Gegenoffensive begonnen. Die Russen wollen dabei Erfolge erzielt haben. In den letzten Tagen ist auch ein Vorstoß auf Winissl erfolgt. Wie jetzt aus Warschau gemeldet wird, ist der Vorstoß von den russischen antibolschewistischen Truppen des Generals Bulat-Balachowitsch ausgeführt worden, die bisher dem Verbande der polnischen Armee angehört. Der Vorstoß hat den Zweck, für die russischen Formationen eine Operationsbasis östlich der Demarkationslinie zu schaffen und auf diese Weise die weitere Aktionsfähigkeit der Streitkräfte auch nach dem polnischen Friedensschluß zu sichern. Die russischen Formationen in Polen werden von Sawinkow, dem früheren Kriegsminister im Kabinett Kerenski organisiert und stehen unter seiner politischen Führung. Sie werden vorwiegend aus gefangenen Soldaten der Roten Armee rekrutiert. Auf Grund eines von Sawinkow im Namen des russischen Komitees in Warschau abgeschlossenen Vertrages wurden sie bisher von dem polnischen Oberkommando ausgerüstet und versorgt, und die Kosten des Aufwandes sollten Polen als Ausland Schuld gutgeschrieben werden. Vor einiger Zeit hat Sawinkow sich Wrangel untergeordnet und ein Antworttelegramm Wrangels erhalten, der ihn zu seiner Tätigkeit beglückwünschte.

Polen scheint also zum Aufmarschgebiet einer neuen antibolschewistischen Front auserkoren zu sein. Der Redellenführer Sawinkow will sich noch vor Inkrafttreten des Waffenstillstandes östlich der Demarkationslinie eine Operationsbasis schaffen und von dort aus gegen Rußland vorgehen. Auf dieser Basis würde er bald zugrunde gehen, wenn Polen die ernste Absicht haben würde, den Frieden mit Rußland zu wahren. Denn woher sollte sich Sawinkow versorgen? Nur Polen könnte für den Nachschub in Betracht kommen. Das aber bedeutete Bruch des Friedens, bedeutete, daß Sowjetrußland gezwungen werden würde, auch Polen als Feind zu betrachten.

Die Sensationsmeldungen, aus ganz bestimmter Quelle genährt, nehmen inzwischen überhand. Letztlich hieß es, der Reitergeneral Budyenny habe sich von der Roten Armee getrennt und sei zu den Gegenrevolutionären übergegangen. Wie uns ein Funkpruch aus Moskau meldet, ist diese Nachricht erfunden, ebenso die Behauptung, daß Kiew von Aufständigen genommen worden sei.

Rechtlosigkeit der Angestellten der Entente-Kommissionen

Im Reichstag ist von der Unabhängigen Fraktion folgende Anfrage eingebracht worden:

Ist der Reichsregierung bekannt, daß das Auswärtige Amt einen Spruch des Schlichtungsausschusses, der eine auf Grund gemeinschaftlicher Beteiligung zu Unrecht ausgesprochen, durch die Berliner Entente-Kommission erfolgte Entlassung als unzulässig erklärte, aufgehoben hat? Das Auswärtige Amt vertritt hierbei den Standpunkt, daß die Kommissionen nicht dem Verfahren vor deutschen Schlichtungsausschüssen unterliegen.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um diese, durch das Auswärtige Amt ausgesprochene völlige Rechtslosigkeit aller bei den Entente-Kommissionen in Deutschland Beschäftigten zu verhindern?

Waffenfunde in Mecklenburg

Fortgesetzt werden in Mecklenburg geheime Waffendepots aufgehoben. So konnte am Donnerstag ein Revierförster im Moldautiner Holz 3 Maschinengewehre, 12 Infanteriegewehre und 1200 Stück scharfe Munition ausgraben. Waffen und Munition sind von drei Großbauern, Mitgliedern der „Orgeß“, verstaubt worden. Mitglieder des Landarbeiterverbandes brachten den Fund zur Ablieferung. Obwohl unlängst bereits vergrabene Waffen der Orgeß gefunden wurden, läßt die von den Reichsjustizstellen unterstützte bürgerliche Regierung die Orgeß unbehelligt. Den Besitzern der Waffen ist bisher, obwohl sie dem Gerichte bekannt sind, nichts geschehen.

Der italienische Anarchist Malatesta verhaftet. Auf richterlichen Befehl wurde der bekannte Anarchist Enrico Malatesta in Mailand verhaftet. Die Festnahme erfolgte auf dem Bahnhof, wo Malatesta von Bologna eingetroffen war.

Aus der Parteipresse

Die neue Nummer der „Freien Welt“ bringt im aktuellen Bilderteil eine Aufnahme von Razanow in London, die Rechte schiedlicher sozialistischer Soldaten aus Sibirien, Lotarbeiten in der Gegend von Berlin, amerikanische Gewerkschaftspaläste. Ein reich illustrierter Artikel „Moderne revolutionäre Kunst“ macht die Arbeiter mit politischen, proletarischen Werken der modernen Kunst bekannt. Winke für die Hausfrau, Bilder von der Osternacht 1920 und aus Cornedbeef-Fabriken werden die Leserinnen interessieren. Ein satirisches Gedicht „Aufgesang des Bürgers“, der Roman „Karikaturen“, das Notizbuch, die humoristische Gek ergänzen das Fest. — Preis der Einzelnummer 60 Pfennig.

Genosse Bogherr ist aus der Redaktion der „Hamburger Volkszeitung“ ausgeschieden und wird die Redaktionsleitung dieses braunrückigen Parteiblattes „Freiheit“ übernehmen.

Der Läuterungsprozeß der USPD.

In der Gedenknummer des Volksblattes
erschien der Genosse Paul Sennig:

Die Selbstzerfleischung in der U.S.P. ist auf ihrem Höhepunkt — richtiger grauenhafteren Tiefstand — gelangt. Denn als weitere Steigerung der Kämpfe auf dem Parteitag käme nur noch körperliche Gewalt in Frage. Daß sie gestern trotz geballter Häufte noch vermieden wurde, gleich einem Wunder. Was hätte es jetzt noch, die Dinge nicht rücksichtslos offen zu berichten. Die Augen der gesamten deutschen Öffentlichkeit, der Presse und der Parteien beobachten aufs Schärfste den Zerlegungsprozeß in der U.S.P. Beschönigung des unsagbar Traurigen wäre gegenüber unseren Genossen eine Verletzung der Pflicht zur Wahrheit und überdies der unverantwortlichsten politischen Fehler. Ausprechen dessen, was ist — damit beginnt nicht jede politische Aktion, sondern auch jeder Versuch einer Selbstbesinnung einer Partei. So muß der rasend wirbelnde Zerlegungsprozeß in der U.S.P. zu einem Läuterungsprozeß erhoben werden, sofern es — von historischer Warte aus betrachtet — noch lohnen sollte, die Partei überhaupt zu erhalten. Wir sind völlig frei von beschränkten Anklammern an überkommene Formen. Wir wissen aus der Geschichte und aus dem geschäftigen Geschehen in Natur und Gesellschaftsentwicklung, daß sich jede große historische Aufgabe auch die zu ihrer Lösung tauglichen Organisationsformen schafft. Dabei wird Ueberholtes, Untaugliches erdarmungslos zerbrochen, wie wir das seit dem Eintritt Europas in den Krieg so sinnföhlig und wichtig — vom Großen bis zum Kleinen — erlebten. Wenn jetzt die U.S.P. zerbrechen sollte, so sind wir nicht erschüttert über das Verschwinden der besonderen Partei-form, nein, auf Formen oder Organisationsarten kommt es nicht an, sondern auf den inneren Gehalt, auf das Wesen, für das die Partei-form der Ausdruck ist. Dies neue Wesen, dieser neue Geist, der unzulänglich gewordene Organisationsformen sprengt, darf aber nicht nur zerstörend, sondern muß seinem tiefsten Gehalte nach zeugend, schöpferisch, formend sein. Er muß das geschichtlich höhere Prinzip vertreten und in neuen Aufbau ausmünden — sonst ist er, geschichtlich betrachtet, eine Verirrung, ein Holzweg der Entwicklung.

Nun wird die U.S.P. vom Geiste der neuen kommunistischen Internationale gerüttelt und bis auf ihre Fundamente erschüttert. Ein ähnllich brandend herumwirbelnder Fieberaustausch hat wohl noch keine Partei durchgemacht. Alle Bande der Gemeinsamkeit sind zerrissen, alle Formen gemeinsamen Wirkens gesprengt. Was sich da im Volkspartei zu Halle seit vier Tagen abspielt, ist das Drama grauenhafter Selbstzerfleischung einer proletarischen Massenorganisation. Unsere Kerne sind an manchen gewöhnt und würdigen wohl auch schließlich auf kühles Betrachten des Einsturzes unseres eigenen Hauses einzustellen sein — wenn sich nur erst die Regungen des Willens und der Kraft zum Neubau erkennen ließen.

Eine solche Regung ist gestern spürbar geworden! Es war das entschlossene Aufbäumen der rechten Seite des Parteitages gegen die Fortsetzung des Systems rücksichtslosen Kritizierens der deutschen und internationalen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung durch die russischen bolschewistischen Götze. Schon am Donnerstag hatte der Unmut aufgebeut, als Genosse Sennig die Umsterbamer Gewerkschaftsinternationale, der ja fast alle Parteimitglieder (durch ihre deutschen Gewerkschaften) angehören, einfach „gelb“ anstrich und diese Gewerkschaftsinternationale als die Hauptsäule des Kapitalismus brandmarkte. Aber als nun am Freitag Genosse Losowsky in ähnlicher Weise gegen die Gewerkschaften anging, erhob sich die rechte Seite wie ein Mann und lehnte diesem System ähnder Kritik und Herabwürdigung den entschlossenen Willen entgegen: Schluß da mit! Dieser Kampf war in seinen Formen etwas Entschliches, aber in seinem Wesen eine geschlossene Kraft. Er konzentrierte sich auf die Forderung: erst Zurücknahme der Beleidigungen, die man aus der Rede Losowsky herausgehört zu haben glaubte, dann erst Weiterreden. Dieser Wille der rechten Seite wurde durchgesetzt, so daß der Parteitag nicht weiter tagen konnte.

Wir rechten nicht darüber, ob Genosse Losowsky Beleidigungen ausgesprochen hat, die sich der Form nach und im juristischen Sinne als „Beleidigungen“ auffassen lassen — ach das wäre kleinlich. Der Ausbruch unbändigen Widerstandes gegen den Redner läßt sich nicht durch bloße „Verärgerung über einen Ausdruck“ erklären. Nein, wegen eines Wortes werden nicht die tiefsten leidenschaftlichen Kräfte eines immerhin starken Parteiführers aufgewühlt. Es ging um das System der bolschewistischen Kritik, das man nun allgemach deutlich kennen gelernt hat und durch dessen grelles, stehendes Ausblitzen uns alle die Augen übergehen. Was man bisher als „Rebensächlichkeit“, als „unvermeidliche Begleiterscheinung“, schließlich als „Entgleisung“ erklärt bekam oder sich — sein Gewissen beruhigend — zu erklären versuchte, erweist sich immer schärfer als das Wesen des kommunistischen Werbesystems. Es ist einfach eine Umkehrung des bisher Gewohnten, nach dem uns die Bourgeoisie als der größte Feind erschien, den wir an erster Stelle und ausschließlich zu bekämpfen haben. Die bolschewistische Taktik aber befiehlt uns: die Gewerkschaften sind die — Hauptstütze des Kapitalismus, darum sind sie der gefährliche Feind, den wir schonungslos enttönnen, entlarven und bekämpfen müssen.

Und nicht nur auf gewerkschaftlichem Gebiete sehen wir diese Art kommunistischer Wirksamkeit, sondern vor allem auf parteipolitischem. Was die U.S.P. schon an Kritik von der Moskauer Internationale erfuhr und geduldig ertrug, ist ja unsagbar. Glühende Begeisterung für das neue, große System der kommunistischen Internationale überwand immer wieder den brennenden Schmerz, den die bohrende, ägende Kritik hervorrief. Wie erklärt sich das? In Deutschland wurde die Revolution des Proletariats Schritt für Schritt niedergedrungen, in Rußland stieg sie, so war man überzeugt, immer herrlicher empor — wer sollte in dieser tragischen Erkenntnis eigenen Unermögens nicht Geduld haben, um schwere, bittere Vorwürfe entgegenzunehmen. Wir waren bereit, die russischen Lehrenmeister anzuerkennen und ihnen pädagogische Mittel zu erlauben, die vielleicht einem etwas primitiveren Grad der Erziehungswissenschaft zuzurechnen sind. Wir wollten sogar auf die 21 paragrafisierten Bedingungen eingehen, wenn wir nur dabei eine einzige, geschlossene Partei bleiben konnten! Dann wäre ja alles gut abgegangen, denn dann hätten wir — wenn wir alle in Einmütigkeit am großen Aufbau zusammenwirkten — ganz leicht die deutsche Praxis für die russischen Vorschriften gefunden, und wir hätten uns schließlich auch unter dem Fallbeil drohender Nichtaufnahme noch sehr gut einrichten können, denn wir wissen ja, daß uns die Internationale lebensnotwendig und lebendig braucht, also das Fallbeil der Zurückstößung nicht herunterzulassen ließen konnte.

Dieser ehrliche Wille ist nun der schwersten Belastungsprobe unterworfen worden. Wir sahen, wie das kommunistische System der rücksichtslosesten Kritik gerade des zunächst stehenden Mitkämpfers in unserer Partei gewirkt hat. Im Großen brachte es die ungeheuerliche Bekämpfung der bekannten Wortführer (Hilferding, Crispian, Dittmann usw.), im Kleinen die Verdächtigung auch des bravsten Distriktsfunktionärs, der über den Weg zur Moskauer Internationale eine etwas abweichende Meinung hatte. Und immer war das „Kampfspiel“: Enthüllung der Führer, Entlarvung, Reinigung, Säuberung, Unschädlichmachung! Die hebrere — ach so brav-altfränkische — Methode: sachliche Belehrung und Gewinnung und schließlich Zusammenfassung der lediglich in Einzelheiten abweichenden Genossen, ist sachte in der Ecke verstaubt. Jetzt hören wir nur: nieder mit der Richtung, deren Träger uns am Vorankommen hindern! So muß endlich enthüllt, entlarvt, discreditiert, gereinigt, geäubert, ausgeräumt werden! Die „Crispiene“, die „Hilferdinge“, die „Mehrheit im Zentralkomitee“, überhaupt die „Bonzon aller Art“, die „Sozialverrat aller Schattierungen“ — sie sind schuld, daß es nicht weiter, daß es nichts vorwärts, daß es nicht aufwärts geht. Wenn nur die Führer den „Schärfen Offensivgeist“ propagieren, wenn sie nur „Kampfpapieren“ herausgegeben hätten, die deutsche Revolution würde nicht so verpumpt und verlüdelt, wie sie verpumpt und verlüdelt ist.

Is das nicht ein Wiebel des Wahnwihes, der schließlich zu solcher Zerlegung und zur allgemeinen Zerfleischung führen muß, wie sie der Parteitag aufweist. Aber wie konnte das nur kommen?

Is das alles zufällig? Ach nein! Es ist die ganz notwendige Folge des Systems, nicht mehr die Politik, die Taktik, die Richtung der Partei zu kritisieren, sondern lediglich die Führer für alles verantwortlich zu machen, sie zu „enttönnen“, zu „entlarven“, ihnen „die Maske vom Gesicht zu reißen“. Diese mit wahren Meisterhaft ausgeübte Taktik untergräbt und zermühlt jede Partei, gleichviel welches Namens, gleichviel welcher Klasse. Es ist Zerlegung um der Zerlegung willen.

Jede Partei braucht Kritik so notwendig wie die Partei-beiträge. Und wenn die Massen einmal über einen Führer ergrimmt sind, der eine Dummheit beging, einen falschen Zug machte — das ist erfrischend und wirkt wie ein luftreinigendes Gewitter. Aber wenn der Donner vertraut ist, dann strahlt wieder Heile und Klarheit, und erfrischt markiert man Kameradschaftlich weiter. Es war eine erquickende Zeit — die Zeit von damals! Heute ist die Kritik, die Diskreditierung der Führer zum System geworden! Man schlägt nicht mehr auf die Bourgeoisie, sondern auf den Vorredner. Man enttönt nicht mehr die Herrschenden, sondern „entlarvt“ die Führer. Vom Zentralkomitee herunter bis in den Ortsvorstand verpumpt diese Diskreditierungstaktik jedes Vertrauensverhältnis. Schonungslos durchschneidet man jede ehrliche Beziehung von Mitglied zu Funktionär, von Funktionär zu Vorstand, von Vorstand zu Führer. Und das alles feiert man als „Säuberungsprozeß“ — und sieht nicht, daß morgen auch die „Säuberer“ geäubert werden, daß die „Reinigung“ unaufhaltsam um sich greift, bis schließlich nur die kräftigste Gruppe der Reiner als Diktatoren übrig bleibt. Wir malen zu schwarz? Schön! Treuen wir uns, wenn es noch nicht so weit ist.

Aber das System führt in diese Höhle!
Und der Parteitag brodelt bereits im Vorhof dieser Höhle!

Wie gesagt: es war die erste Regung der Kraft enttönten und grundsätzlichen Widerstandes gegen das System zerlegenden Kritik an den zunächst stehenden, das wir aus dem gestrigen Aufbäumen des rechten Flügel herausföhlten. Der Kampf und die Kampfesformen gegen dies eingerissene System werden noch entschlich werden, wir können schier voraussehen. Aber die Gesundung wird kommen, denn das deutsche sozialistische Proletariat ist lebendig und vom historischen Geschehen zur lebendigsten Rolle erforen in seinem eigenen und im Befreiungskampfe des Weltproletariats. Das deutsche Proletariat wird wieder aktionsfähig werden. Seine beste Partei kann wohl krank sein, aber nicht sterben.

Die U.S.P. ist nicht am Verenden, nein, sie lebt und wird bald genug wieder das aktive Instrument für den kampfbereiten Sozialismus sein!

Der Parteitag ist Tiefstand der Zerlegung und Höhepunkt der Kritik zugleich. Wenn erst die unerschlich qualvollen Tage überwunden sind, wird der Aufbau einsehen — so oder so. Und die U.S.P. wird das schwere Werk der Läuterung der Partei des deutschen sozialistischen Proletariats in Angriff nehmen.

Lauteckheit, Sachlichkeit und Vertrauen unter den Parteigenossen wird wieder zum Untergrund der Arbeit werden.

Und dann wird das deutsche sozialistische Proletariat auch den Weg zur großen, befreienden Internationale der Tat finden!

Es lebe die Organisation des deutschen Proletariats, es lebe die unabhängige sozialdemokratische Partei!

Der Parteitag der USPD.

6. Verhandlungstag.

(Fortsetzung aus der gestrigen Abend-Ausgabe.)

In der Debatte über das Referat und das Manifest nimmt zuerst Genosse Theodor Dieckhoff das Wort. Die ganze Politik der 21 Bedingungen, die uns auferlegt waren, entspringt dem Geiste der russischen Revolution. Der Ausgangspunkt der russischen Debatte ist die Annahme, wir Deutschen befinden uns gegenwärtig im Stadium der Kerkensperiode. Das ist eine vollkommen falsche Auffassung. Diebedacht weiß eingehend nach, daß Deutschland unter ganz anderen Umständen in die Revolution getreten ist. Nach Abschluß eines Waffenstillstandes mit völlig intaktem Heer, bereit für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu

Hunger

Roman von Knut Hamsun.

Ich wanderte unter den Leuten am Stortorn umher und hielt mich meist in der Nähe der Weiber, die Topfpflanzen zu verkaufen hatten. Die schweren roten Rosen, deren Blätter blutig und roh in dem feuchten Morgen schimmerten, machten mich begehrlisch, führten mich in die sündhafte Versuchung, eine zu stehlen, und ich fragte nach dem Preise, nur um den Blumen so nahe wie möglich kommen zu können. Wenn mir Geld übrig blieb, wollte ich sie kaufen, komme was da wolle; ich konnte ja hier und da etwas von meiner Lebensweise absparen, um dann wieder ins Gleichgewicht zu kommen.

Es war zehn Uhr, und ich ging hinauf in die Redaktion. Der Mann mit der Schere durchwühlte einen Haufen alter Zeitungen; der Redakteur ist noch nicht da. Auf seine Aufforderung gebe ich mein großes Manuskript ab, lasse den Mann ahnen, daß es von mehr als gewöhnlicher Bedeutung sei und binde ihm dringend auf die Seele, es dem Redakteur persönlich zu übergeben, sobald er kommt. Später am Tage würde ich mir selbst Bescheid holen.

„Gut!“ sagte der Scherenmann und fing wieder mit seinen Zeitungen an. — Mir kam es vor, als ob er die Sache zu gleichgültig nehme; aber ich sagte nichts, nickte ihm nur gleichgültig zu und ging.

Jetzt hatte ich wieder Zeit. Wenn es sich doch nur aufklären wollte! Es war ein elendes Wetter, ohne Wind und ohne Frische, der Sicherheit wegen hatten die Damen Regenschirme aufgespannt, und die Wollmähen der Herren saßen flach und trübselig aus. Ich ging noch einmal über den Markt und sah mir den Grüntram und die Rosen an. Plötzlich föhlte ich eine Hand auf meiner Schulter und drehe mich um. Die „Jungfer“ sagt mir guten Morgen.

„Guten Morgen,“ antwortete ich ein wenig fragend, um sofort sein Begehrt zu erfahren. Die „Jungfer“ gefiel mir nicht sehr.

Er blökt neugierig auf das große nageleine Paket unter meinem Arm und fragt:

„Was tragen Sie da?“

„Ich war bei Semb und habe mir Stoff zum Anzug gekauft,“ antwortete ich in blasphemem Ton, „ich mag nicht länger so schäbig umhergehen; man kann auch zu knausfertig gegen seinen äußeren Menschen sein.“

Er sieht mich an und stuht.

„Wie geht es übrigens?“ fragt er langsam.

„Ueber Erwarten gut.“

„Haben Sie jetzt also eine Beschäftigung?“

„Beschäftigung?“ entgegnete ich sehr verwundert, „ich bin ja Buchhalter bei der Großhändlerfirma Christie.“

„Ach ja!“ sagt er und tritt ein wenig zurück. „Gott, wie ich Ihnen das gönne! Wenn man Ihnen jetzt nur nicht das Geld, das Sie verdienen, abbettelt! Guten Morgen!“

Gleich darauf kehrt er wieder um und kommt zurück; er deutet mit dem Stod auf mein Paket und sagt:

„Ich kann Ihnen meinen Schneider empfehlen. Sie bekommen keinen besseren Schneider als Jassen. Sagen Sie nur, daß ich Sie schicke.“

Dies war mir denn doch zu viel. Was hatte er seine Nase in meine Angelegenheiten zu stecken? Was ging es ihn an, welchen Schneider ich nahm? Ich wurde wütend; der Anblick dieses leeren, aufgepumpten Menschen erbitterte mich, und ich erinnerte ihn ziemlich brutal an zehn Kronen, die er mir abgeborgt hatte. Noch bevor er antworten konnte, bereute ich, ihn gemahnt zu haben; ich wurde verlegen und sah ihm nicht in die Augen; als in demselben Augenblick eine Dame vorüber kam, trat ich schnell zurück, um sie passieren zu lassen und benutzte dann die Gelegenheit, um mich davon zu machen.

Wohin nun, während ich wartete? Mit leeren Taschen konnte ich nicht ins Café gehen, und ich wußte auch keinen Bekannten, zu dem ich mich um diese Tageszeit hätte begeben können. Instinktmäßig schlenderte ich die Stadt hinauf, verbrachte ziemlich viel Zeit auf dem Wege vom Markt bis an die „Grenze“, las die „Abendpost“, die soeben ausgehängt war, ging die Karl Johann-Strasse hinunter, lehnte dann um und ging geradenwegs nach dem Erlöserfriedhof, wo ich eine ruhige Stelle auf einem Hügel neben der Kapelle fand.

Dort saß ich in Frieden und träumte in der feuchten Luft, schlummerte und froh. Und die Zeit verging. War es denn auch ganz sicher, daß mein Feuilleton ein kleines Meisterwerk inspirierter Kunst war? Weiß Gott, ob es nicht hier und da einen Fehler hatte! Wenn's dazu kam, wurde es am Ende nicht einmal angenommen, ganz einfach nicht angenommen! Es war vielleicht mittelmäßig oder geradezu schlecht; was bürgte mir dafür, daß es in diesem Augenblick nicht schon im Papierkorb lag? ... Meine Zuversicht war erschüttert, ich sprang auf und stürmte vom Friedhof herunter.

Unten in Altersgaden guckte ich durch ein Lebensfenster und sah, daß es erst wenig über zwölf war. Das machte mich noch verzweifelter, ich hatte so sicher gehofft, daß es weit

über Mittag sei, und vor vier Uhr war es zwecklos, den Redakteur aufzusuchen. Das Schicksal meines Feuilletons erfüllte mich mit düsteren Ahnungen; je mehr ich daran dachte, desto ungläublicher schien es mir, daß ich so ganz plötzlich etwas Brauchbares geschrieben haben sollte, beinahe im Schlaf, das Hirn voll von Fieber und Träumen. Natürlich hatte ich mich getäuscht und war während des ganzen Morgens wegen nichts und wieder nichts vergnügt gewesen! Natürlich! ... Ich ging schnell Altesdorejen hinaus am St. Hanshaugen vorbei, kam auf offene Felder, dann in die engen, wunderlichen Gassen an den Sägemöhlen, über Bau-plate und Acker, und geriet zuletzt auf einen Landweg, dessen Ende ich nicht absehen konnte.

Hier blieb ich stehen und beschloß umzukehren. Ich war erhöt vom Marsch und ging langsam und sehr niedergeschlagen zurück. Mir begegneten zwei Heuwagen; die Führer lagen oben platt auf der Fuhre und sangen; beide waren barhäuptig, beide hatten runde, sorglose Gesichter. Ich vermutete, daß sie mich anreden, mir irgendeine Bemerkung zusteuern oder einen Scherz machen würden, und als ich nahe genug war, rief der eine mich an und fragte, was ich unterm Arm trage.

„Eine Bettdecke,“ sagte ich.

„Wie spät ist es?“ fragte er.

„Ich weiß es nicht genau, ungefähr drei, glaube ich.“ Da lachten beide und fuhren vorüber. Im selben Augenblick föhlte ich den Schmerz eines Reißhenshiebs auf dem einen Ohr und mein Hut wurde mir vom Kopf gerissen; die jungen Kerle konnten mich nicht vorüber lassen, ohne mir einen Streich zu spielen. Ein wenig betäubt griff ich nach dem Kopf, suchte dann meinen Hut von der Grabenkante auf und setzte meinen Weg fort. Unten am St. Hanshaugen begegnete mir ein Mann, von dem ich erfuhr, daß es über vier Uhr sei.

Ueber vier! Die Uhr war schon über vier! Ich schritt aus, lief beinahe zur Stadt hinunter, bog ab und eilte nach der Redaktion. Der Redakteur war vielleicht schon lange dort gewesen und hatte das Bureau wieder verlassen? Ich ging und lief abwechselnd, stolperte, rannte gegen Wagen. Ich alle Spaziergänger hinter mir, nahm's mit den Föörden auf, mühte mich ab wie ein Wahnsinniger, um zur rechten Zeit zu kommen. Ich stürzte zur Haustür hinein, die Treppen in vier Sätzen hinauf und klopfte an.

Keine Antwort.
Er ist fort! Er ist fort! denke ich. Ich fasse die Klinke, die Tür ist offen, ich kloffe noch einmal und trete ein.
(Fortsetzung folgt.)

Kämpfen. In Russland dagegen ein völlig zusammengebrochener demokratischer Heeresorganismus, ein Kampf um den Frieden und dessen Verwirklichung, der der Arbeiterbewegung ihre Stärke verlieh. Genosse Liebknecht stellt die politische Taktik der Kommunisten fest, die genau von der Haltung ihrer Führer in den Kämpfen...

Die Situation ist heute viel mehr der ähnlich von 1914.

Es regiert das Militär, das Großbürgertum. Daraus ergibt sich für uns eine ganz andere Taktik, als wie die Russen fordern. Wir dürfen unsere Kräfte nicht zu Angriffen gegen ausländische Mächte aufwenden, das führt zur Stärkung des Militarismus. Diese Politik wird sowohl von der deutschen Regierung als auch von den Kommunisten betrieben. Es darf aber auch keine Annäherung an die Rechtssozialisten vorgenommen werden. Liebknecht spricht sich auch gegen die russische Ostpolitik aus, die eine Stärkung unserer Gegenrevolution bedeutet. Er schließt mit dem Satz: So revolutionäre die Moskauer Bedingungen klingen, so reaktionär sind ihre Wirkungen. (Lebhafte Beifälle.)

Genosse Kasper: Man darf bei Beurteilung aller vorhergegangenen Dinge nicht an die Schale rühren, sondern man muß den Kern erkennen. Und so wird es sich zeigen, daß über alles dies unsere leitende über 10 Jahre erprobte Taktik des revolutionären Sozialismus wieder vorherrschend werden wird. Daß ich mich von meinen hiesigen Partei- und Kampfnossen trennen muß, das ist die Schuld von Moskau. Genosse Kasper unterzieht das Auftreten und die Ausführungen Sinowjews einer scharfen Kritik. Dieser Mann hat keine Meinung von deutschen Parteiverhältnissen. Er behauptet, daß auf der rechten die Kreditbewilliger stehen, dabei hat die Rechte — gegen welche Bezeichnung ich mich wehre — den einzigen Mann unter sich, der nie einen Pfennig Kredit bewilligt hat. Die Massenaktion, die auf Gefühl und dem Erfahrungsbedürfnis beruht, ist keine Wissenschaft. Sie muß Schiffbruch erleiden.

Nicht nur die Gewerkschaften hat man als Werkzeuge bezeichnet, sondern auch die politische Arbeiterbewegung rechts von Stöcker und Däumig hat Sinowjew als „Gelb“ bezeichnet. Das ist eine scharfe Bezeichnung, die zurückgewiesen werden muß. Wir haben die Auffassungen über die sozialistische Internationale seit 1882 mit aller Entschiedenheit hochgehalten. (Beif.) Theorie und Praxis trennen sich gleichermaßen von Moskau. Wir sehen in Russland ein Minimum an Sozialpolitik, ein Minimum an gesellschaftlicher und persönlicher Freiheit, ein Minimum an Grundprinzipien des Sozialismus. Wir verkennen nicht die tragische Lage Russlands, aber wir müssen feststellen, daß das, was uns von Russland geboten wird, ein Karrikatur des Marxismus ist. Ich habe mich um die Einheit der Partei bemüht, es ist nicht gelungen. Wir wollen den Kampf, der nun beginnt, sachlich und in ritterlichem Geiste führen. Wir wollen den Kampf führen gegen den Über- und Kitzelglauben, gegen das moskowitzische Dogma. (Lebhafte Beifälle.)

Genosse Ledebour tritt der Befürchtung des Genossen Liebknecht entgegen, als könne die Partei zu weit nach rechts getrieben werden. Genossenschaftlichen Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen bei Mehrheitsentscheidungen in den Grundfragen. Das ist nicht nur unannehmlich, das ist gefährlich. (Sehr richtig!) Wäre es anders, können wir zur Sekte. Wir unterscheiden uns auch in Bezug auf bestimmte Einzelfragen von den Kommunisten und Neukommunisten. Eine der wesentlichsten Differenzen ist die Abweisung der Diktatur des Proletariats. Wir sind keine demütigen Christen, wir werden uns selbstständig unserem Fortschritt wehren, wenn man uns angreift. Das haben wir ja dem Moskauer Diktat gegenüber bewiesen. Terrorismus ist die ungerechtfertigte Anwendung von Gewalt zur Niederschaltung anderer Meinungen, zur Beiseite-schiebung von Meinungen. Ledebour tritt der Sinowjew'schen Bewusstseinsfrage für die Berechtigung des Terrorismus unter aus-schließlicher Begründung entgegen. (Beif.)

Hier folgt die Rede des Genossen Bilschlag, die wir an anderer Stelle dieses Blattes wiedergeben.

Genosse Berger geht auf die Behauptungen der bürokratischen Presse über die Parteipolitik ein und stellt unter Beifall des Parteitag's fest, daß jegliche Ausnahmestimmungen gegen den Neukommunismus nicht eintreten abgelehnt werden. Er verwirft jede Annäherung an die Rechtssozialisten und schließt mit der Aufforderung, die Grundzüge der Unabhängigen Sozialdemo-kratie hochzuhalten.

Genosse Brechtel macht auf die schweren Kämpfe aufmerksam, die uns im Innern bevorstehen. Wie wir eine Krisenphase hatten, so haben wir jetzt eine hochschmerzliche russische Phase. Aber trotzdem müssen wir unseren Weg gehen. Unsere Zeit ist nicht die allertrübsamste Zukunft, sondern die Zeit der Depression von den Illusionen. Wir müssen endlich dazu übergehen, die Kritik an Sowjet-Russland zu üben, die vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus aus notwendig ist. Diese Linie muß mit aller Entschiedenheit festgehalten werden, auch gegenüber den Un- und Neukommunisten und den Rechtssozialisten in Deutschland. Wir bleiben das, was wir waren. Die Diktatur des Proletariats ist keine Methode der Er-kämpfung der politischen Macht, sondern ihrer Behauptung. Wir müssen politisch arbeiten, und zwar so, als wenn die Revolution noch fernläge, aber auch so, als wenn sie morgen schon vor der Tür stehe. (Sehr richtig!) Wir brauchen zunächst eine Verständigung mit den westeuropäischen Parteien, um eine Grundlage zu schaffen für eine spätere Verbindung mit der dritten Internationa-le, wenn diese die Erneuerung gefunden hat. Brechtel wendet sich entschieden gegen die rechtssozialistische Taktik, die die fran-zösischen Sozialisten verächtlich, daß sie nichts tun im Kampf gegen die Bourgeoisie. (Lebhafte Beifälle.)

Es wird Schluß der Debatte beschlossen.

Genosse Crippien verzichtet auf sein Schlusswort, da keinerlei Einwendungen gegen seine Ausführungen und gegen das Mani-fest erhoben worden seien. Das Manifest wird hierauf einstimmig vom Parteitag angenommen. (Bravo.) Eine Resolution Sach-Rosenfeld, welche die Reichstagsfraktion beauftragt, mit aller Kraft darauf hinzuwirken, daß eine Amnestie aller politischen Gefangenen sowie das Inkrafttreten aller politischen Verfassungen beschleunigt wird, wird von allen politischen Fraktionen der Reichstagsfraktion unterstützt, wird einstimmig an-genommen.

Zum fünften Punkt der Tagesordnung:

Organisationsfragen
spricht Genosse Lipinski. Er verliest und erläutert die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs der Organisationskommission. Ge-nosse Ludwig-Dagen beantragt einige Abänderungen zu diesem Entwurf. Der gesamte Entwurf wird mit den Abänderungen einstimmig angenommen. Ebenso einstimmig wird ein Antrag Bärenstein angenommen auf Schaffung einer Stützungszentrale. Nunmehr wird das

Ergebnis der Beschlüsse

Beschlüssen: Zu Vorstehenden mit gleichen Rechten sind die Ge-nossen Crippien und Ledebour mit je 157 Stimmen gewählt, als Sekretäre der Genossen Dittmann und die Genossen Zick, als Reichstagsfraktion der Genossen Belski, Kühler, Moser, Anna Kemig, Rosenfeld, Schueber-Ruttmann, Mathilde Wurm.

In den Beirat wurden gewählt die Genossen Dittmann, Bönnes, Henke, Anas, Kirsch, Lipinski, Ludwig, Toni Sender, Simon.

Zu die Kontrollkommission: Voss, Hanes, Köp, Fuchs-Wagberg, Gild-Rief, Karsten-Veine, Schwarz-Mannheim, Robert Wenzels. Alle diese Wahlen sind einstimmig erfolgt.

Genosse Henke dankt den englischen Bergarbeiterfreundschaftsvereinigungen für die englischen Bergarbeiter vor. Diese Resolution wird einstimmig angenommen.

da wir noch mitten in dem revolutionären Geschehen stehen, un-möglich, sie alle zu geschulten Sozialisten zu machen. Auch wir wollen die Eroberung der politischen Macht, auch wie wollen, daß das Proletariat die Alleinherrschaft übernehmen soll, um den So-zialismus durchzuführen. Wir müssen Aktion schaffen im deut-schen Proletariat. Lassen Sie uns alle geloben, daß wir den Kampf, der uns jetzt bevorsteht, laßlich führen. Aus diesen Kämpfen wird die Konterrevolution neue Kräfte laugen und sie wird versuchen, sich wieder in den Sattel zu setzen. Dann werden wir wieder Schuster an Schuster kämpfen mit denen, die uns eben verlassen haben. (Bravo.) Wir wollen dafür sorgen, daß die Sammlung des revolutionären Proletariats unter unserem Banner sich vollzieht. Genosse Dittmann schließt mit einem begeisterten aus-genommenen Hoch auf die Unabhängigen Sozialdemokratischen Par-tei Deutschlands. Damit ist der Parteitag geschlossen.

Die Tagung der Neukommunisten

Halle a. S., 17. Oktober.

Brach eröffnet die Sitzung um 1/10 Uhr.

Brach verliest eine Proklamation, in der es heißt, daß die Zeit des Bruderkrieges vorüber sei. Die Vereinigung aller revolutionären Elemente zu einer kommunistischen Massenpartei stehe un-mittelbar bevor. Jetzt müßte der Kampf gegen die Todfeinde des Proletariats aufgenommen werden. Es gebe nur einen Ausweg, die soziale Revolution. Die Proklamation schließt: Erwartet die Kampfpforten. Es lebe die kommunistische Internationale, es lebe die Weltrevolution.

In einem zweiten Aufruf heißt es: Nach der Entscheidung des Parteitag's habe eine rechtsstehende Gruppe den Parteitag ver-lassen und die Partei zerrissen. Was Scheidemann getan habe, das sei jetzt von Hinnerich, Crippien, Dittmann wiederholt worden. Der rechte Flügel wende sich schlimmeren Methoden an als die Arbeit und Genossen. Sie betrachten die Einrichtungen der Partei als ihr persönliches Eigentum und versuchen die aktiven Elemente aus der Partei zu drängen. Sie haben eine heimtückische Vorper-legung des Parteitag's und eine überstürzte Urwahl vorgenom-men und eine demagogische Herrschaft über die Parteipresse aus-geübt. Sie wollten die Spaltung. Eine Gruppe rechtsstehender Führer unternehme es jetzt, die Front der revolutionären Arbeiter zu spalten. Sie haben aber nicht mehr das Recht, im Namen der Partei zu sprechen, sie sind nicht mehr als zur Partei gehörig zu betrachten.

Beddige bemängelt an dem zweiten Aufruf, daß darin nicht der Weg zu einer gemeinsamen Aktion mit den Kommunisten gezeigt werde, man werde in den zeitlichen Organisationen auf die Ver-einigung drängen. Es solle darauf hingewiesen werden, daß erst ein gemeinsamer Parteitag mit den Kommunisten entscheiden solle, vorher dürfe kritisch nichts unternommen werden.

Brach sagt dazu, was Beddige wolle, werde besonders behandelt werden. Man solle jetzt über diese Frage nicht diskutieren.

Die noch verbleibenden vier Mitglieder der Mandatsprüfungs-kommission geben eine Erklärung ab, wonach ein Herr Habentichs aus Hannover getreten zur Abstimmung zugelassen worden sei. Habentichs sei aber schon vorher aus der Partei ausgeschlossen worden. Es wird deshalb gegen die Teilnahme von Habentichs an der Abstimmung Protest erhoben, sie müsse für ungültig er-klärt werden.

Brach: Diese Erklärung ist ganz überflüssig und nicht für eine Debatte geeignet. Ich bitte darüber nicht mehr zu sprechen.

Däumig hält darauf ein etwa einfüßiges Schlusswort, das gleichmäßig einmütig vorgetragen wird, auf die Delegierten erwidert wird. Wiederholt muß der Vorsitzende mit der Glocke zur Ruhe mahnen. Däumig führt aus: Mit dem Parteitag von Halle vor 10 Jahren habe eine neue Geschichte der alten Partei begonnen. Von dem Parteitag 1920 der U. S. V. werde man dasselbe sagen, aber die Zeiten haben sich seitdem geändert. Damals konnten noch keine Parteien für den Bruch ausgesprochen werden. In-zwischen sei der Weltkrieg gekommen, die kapitalistische Weltwirt-schaftsordnung sei erschüttert worden. In der bürokratischen Presse bis hinein in die der U. S. V. werde man diesem Parteitag die Pen-sur ausstellen, daß er ein Parteitag der Zersplitterung gewesen sei. Man solle sich dadurch nicht irren lassen. In kurzer Zeit werde die Konföderation des revolutionären Proletariats kommen und zum Ausgangspunkt für eine größere Aktion der Massen werden. Ueber die Wirkungen der nächsten Zeit hinaus müßten die Richtlinien für die revolutionären Aufgaben heraus-gearbeitet werden, wie auf seinem Parteitag zuvor habe die große internationale Perspektive im Mittelpunkt der Verhand-lungen gestanden. Selbst frühere internationale Kongresse hätten keinen so hohen geistigen Inhalt gehabt. Dem Preßekampfi und den Angriffen der nächsten Tage sehen wir mit der größten Ruhe entgegen. Wir werden vielleicht schon in der nächsten Zeit zur Aktion bereit sein. In der Frage der Arbeitslosen und der Kontrolle der Produktion werden wir in Kon-takte mit der Gewerkschaftsbureaucratie geraten. So schnell wie möglich müßten die Moskauer Beschlüsse durchgeführt werden. Nun-mehr müssen die Mitglieder mehr wie bisher für die politische Aktion geschult werden, die organisatorischen Fragen und der Kleintram müssen zurücktreten. Das Bekenntnis zur dritten Internationale stellt an unsere Mitglieder ganz andere Anforderungen als bisher, und die Beschlüsse werden das gegenrevolutionäre Lager zusammenschließen, daher müssen wir zur Aktion bereit sein. Der Anschluß an die kommunistische Internationale sei vollzogen, nunmehr müsse an das Proletariat aller Länder appelliert wer-den, daß sie uns nachfolgen. Dieser Parteitag habe seine Beschlüsse nach allen Regeln der proletarischen Demokratie gefaßt. Die andere Seite werde alles versuchen, um sich in den Besitz des Par-teiparagraphen zu halten, aber wenn ihnen das auch gelingt, so wer-den sie noch schneller adwirksamsten, als die Rechtssozialisten. Die größte Schwierigkeit besteht in der Verpflichtung der Aufnahme-bindungen, eine einheitliche Sektion der kommunistischen Inter-nationale zu schaffen. Bevor es zur Verschmelzung kommt, werde es noch eine Reihe von Reibungen geben. Der Parteilegitismus dürfe aber dabei keine Rolle spielen. Die Selbstständigkeit der U. S. V. müsse bis zur endgültigen Regelung erhalten werden. Unter der Leitung eines Vertreters der Moskauer Exekutivkom-missionen sei die Verhandlung mit der R. P. D. geführt worden, um Richtlinien zum Zusammenfluß aufzustellen. Der Schlusspunkt könne nur durch einen gemeinsamen Parteitag gesetzt werden. Für politische Aktionen könne schon jetzt eine Verständigung herbei-geführt werden, außerdem seien lokale Aktionsgemeinschaften zu bilden. In dem bevorstehenden Kampf der Meinungen solle man die persönliche Seite nicht in den Vordergrund stellen, denn auch bei den Gegnern der Bedingungen seien viele Kampfgenossen, die man noch gewinnen könne. Däumig schloß seine Ausführungen mit einem Hoch auf die kommunistische Internationale.

Auf Antrag von Komm. 1. werden die vom Leipziger Par-teitag eingeleiteten Kommissionen für die Organisation und für das Programm für aufgelöst erklärt, da jetzt die heutige Prokla-mation, sowie die Bedingungen und Thesen der dritten kommu-nistischen Internationale allein als Programm zu gelten hätten. Hierauf schließt Brach die Verhandlungen um 1/12 Uhr. Die Vertreter der Bezirke halten noch eine besondere Sitzung ab.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

Das Reichsarbeitsministerium hat folgendes ver-faßt: Zur Anpassung an die besonderen Bedürfnisse des Winters können die Gemeinden (Gemeindevorstände) in der Zeit vom 1. November 1920 bis 31. März 1921 die Unterstützungs-sätze für Erwerbslose über die in § 9 Abs. 4 und § 8 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge in der Fassung der Verordnung vom 8. Mai 1920 (Reichs-Gesetzblatt S. 871) festgesetzten Höchstsätze hinaus erhöhen.

Die Höchstsätze, die danach in dem angegebenen Zeitraum zu-Berücksichtigung sind, betragen:

in den Orten der Ortsklassen

	A	B	C	D
--	---	---	---	---

- für männliche Personen:
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines andern leben 10,— 8,— 8,— 7,— M.
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines andern leben . . . 8,— 7,25 6,50 5,50 M.
c) unter 21 Jahren 6,— 5,50 4,50 4,— M.
- für weibliche Personen:
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines andern leben . . . 8,— 7,25 6,50 5,75 M.
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines andern leben . . . 6,— 5,25 4,50 3,50 M.
c) unter 21 Jahren 4,— 3,50 3,25 3,— M.

Die Familienzuschläge, die ein Erwerbsloser erhält, dürfen in der Zeit vom 1. November 1920 bis zum 31. März 1921 insgesamt das Zweifache der ihm gewährten Unterstützung, im einzelnen folgende Sätze nicht übersteigen:

in den Orten der Ortsklassen

	A	B	C	D
--	---	---	---	---

- für
- den Ehegatten und Kinder bis zum 16. Lebens-jahr 4,— 3,75 3,50 3,25 M.
 - langjährige unterstützungsberechtigte Angehörige 3,— 2,75 2,50 2,25 M.

Hat die Landeszentralbehörde mit Zustimmung des Reichs-arbeitsministers gemäß § 9 Abs. 6 gestattet, daß in einer Ge-meinde höhere als die nach Abs. 4 zulässigen Unterstützungssätze gezahlt werden, so bleibt es bei diesen höheren Sätzen, soweit sie die vorstehenden Höchstsätze nicht übersteigen. Soweit dagegen die Unterstützungssätze, die nach § 9 Abs. 6 gezahlt werden dürfen, niedriger als die vorstehenden Höchstsätze sind, dürfen Unter-stützungen bis zur Höhe dieser Höchstsätze gezahlt werden.

Diese Erhöhung der Unterstützungssätze ist die Folge des beständigen Drängens unserer Vertreter im Reichstag und im Volkswirtschaftlichen Ausschuss. Die neuen Sätze bleiben weit zurück sowohl hinter dem, was ange-fordert der Forderung notwendig gewesen wäre, wie hinter den Unterstützungsbeträgen, die unser Antrag forderte. Wir werden daher nicht ruhen, bis der Antrag unserer Genossen verwirklicht ist.

Die Rolle der Betriebsrätezentrale

Das nachfolgend abgedruckte Zirkular ist an die Funktionäre der Bezirksorganisation Potsdam 4, die sich zum Neukommunismus bekennen, zum Versand gekommen:

Werte Genossen!

In bewusster Absicht, in Halle zu einer klaren Entscheidung zu kommen, drängt der rechte Flügel zum baldigen Bruch der Partei, der in den nächsten Stunden zu erwarten ist. Wir besinnen uns daher, Euch einige Flugblätter zu senden und bitten um deren beifolgende Verbreitung. Aus ihnen geht klar hervor, wie die Bedingungen in Moskau zur Beratung standen und wie sie hier wissenschaftlich falsch durch die „Freiheit“ entstellt wurden.

Worauf es jetzt ankommt, ist die organisatorische Zusammen-fassung unserer Mitglieder in den einzelnen Ortsgruppen sowie im Gesamtbezirk sofort vorzunehmen und bei dem Vorstände von Potsdam 4 darauf zu dringen, sofort nach Beendigung des Parteitag's eine Parteikonferenz einberufen zu lassen. Bis jetzt hat es der Vorstand durch seine einseitigen Beschlüsse fertig ge-bracht, die Veränderung einer Generalversammlung zu verhindern. Weiter ist zu beachten, daß der Uebertritt zu der R. P. D. nicht vorzeitig vorgenommen wird. Wir bleiben als U. S. V. bestehen, bis Moskau unterrichtet ist, zwecks Einigungsverhandlungen mit der R. P. D. Schritte zu unternehmen.

Besonders ist noch zu erwähnen, daß das Bureau in der Neuen Bahnhofstr. 31 von den Gegnern der Bedingungen besetzt ist und wir uns daher notwendig in der Betriebsrätezentrale nieder-gelassen haben. Von hier aus erledigen wir alle Arbeiten be-züglich Potsdam 4. Wir bitten, eventuelle Nachrichten an die Betriebsrätezentrale Berlin N., Münchstr. 24, zu Händen Erich Kossel zu richten.

Genossen! An Euch liegt es, den kompakten Zusammenfluß unserer Mitglieder der dritten Internationale zuzuführen. Die kleinlichen Bedenken, die von den Anschließern ins Treffen geführt werden, müssen verschwinden. Mit dem einen Ziel ins Auge, den dringenden Zusammenfluß des revolutionären Proletariats herbeizuführen, um mit Karl Marx auszurufen: Proletariat aller Länder vereinigt Euch! Es lebe das revolu-tionäre Proletariat! Mit revolutionärem Gruß

Erich Kossel für Otto Gabel.

An diesem, in der Abfassung etwas an An-alphabetentum erinnernden Schreiben interessieren uns nur zwei Punkte. Erstens zeigt das Blatt von neuem, daß die Anschließerbürokraten schon vor der Ent-scheidung ihre eigenen organisatorischen Zusammenfassungen gebildet, sich also von unserer Parteiorganisation losgelöst hatten. Wie lächerlich ist es daher, wenn sie nun, nach er-folgter Entscheidung, plötzlich Anspruch auf Namen und Ein-richtung der Partei erheben. Ferner geht aus dem Flug-blatt hervor, wozu die aus den Mitteln der Berliner Gewerkschaften erhaltenen Einrichtungen der Be-triebsrätezentrale gemischt werden. Wir nehmen an, daß sich die Gewerkschaften das nicht bieten lassen werden. Der Vorgang hat aber auch Bedeutung zur Beurteilung vieler Erscheinungen in der Bergangen-heit unserer Partei. Vielleicht geht manchem Genossen jetzt ein Licht auf. Vielleicht erkennen viele, wo die Genossen ge-lassen haben, die schon von jeder die Geschlossenheit der Partei bedrohten und für welchen Zweck sie eine selbst-ständige, d. h. von keiner Instanz kontrollierte Be-triebsrätezentrale brauchten. So sehen die „Prinzipien“, um die mit der Miene des „revolutionären Marxisten“ gekämpft wird, in der Wirklichkeit aus.

Gewerkschaftliches

Gegen die geplanten Massenentlassungen bei den Behörden

Gegen die Maßnahmen der Regierung, Angestellte bei Be-hörden zu entlassen und durch Beamte zu ersetzen, protestierte am vergangenen Sonntag eine Massenversammlung von Angehörigen im Zirkus. Nach Reden von Bauer, Emonts und Reich wurde nach kurzer Aussprache nachstehende Entschliessung gegen 3 Stimmen angenommen:

Die geehrte Angekündigten der Reichs-, Staats- und Kommu-nalbehörden sieht sich durch die Maßnahmen der Regierung dahin-gehend, die auf Privatdienst Angestellten zwecks Schaffung eines großen Beamtenheeres zu befehlen, aufs Schwerste bedroht. Sie erblickt in diesem unsozialen Vorgehen, das von einigen Be-hörden bereits jetzt schon in rücksichtslosster Weise zur Durch-führung kommen soll, einen schweren Eingriff in das durch jahre-lange Tätigkeit den Behörden erworbene Recht auf Arbeit. Durch eine planlose Vermehrung der festangestellten Beamten kann die

so dringende nötige Modernisierung des Verwaltungsapparates niemals erreicht werden.

Die Angestellten fordern, daß gemäß dem aufgestellten Zeit- und Arbeitsplan die Beschäftigung innerhalb der Behörden lebendig die dienliche Eignung maßgebend sein soll.

Die Arbeiter fordern:

1. das Mitbestimmungsrecht bei Entlassung und Einstellung von Angestellten.

2. daß die Verordnung des Demobilisierungsausschusses, die für die Privatindustrie gelten, auch auf die Behörden ausgedehnt sind, um einerseits die gerade für Berlin mehr und mehr drohende Arbeitslosigkeit einzudämmen, andererseits die grassierende Wohnungsnot nicht zur Katastrophe werden zu lassen.

3. daß Beamte, die infolge hohen Alters lediglich Plakhalter sind, zwangsweise pensioniert werden, um dadurch Angestellten, denen keine Sicherung für das Alter gewährleistet ist, Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

4. die Möglichkeit, daß im Dienst erprobte Angestellte ohne Rücksicht auf ihre schulmäßige Vorbildung in Beamtenstellung ein- rücken.

Der Arbeitsauschuss der vereinigten Betriebsräte der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden wird beauftragt und ermächtigt, alle in diesem Sinne möglichen Schritte zu tun, um die Forderungen zu verwirklichen. Die gesamte Angestelltenchaft der Verwaltungsbehörden steht geschlossen hinter ihren Führern und ist bereit, in diesem aufzugehenden Kampfe alle geeigneten Mittel zu gebrauchen.

Wahl von Arbeitslosenräten

Der Magistrat Berlin (Erwerbslosenfürsorge) hat die unterzeichnete Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung mit der Durchführung der Wahlen der Arbeitslosenräte auf Grund der erlassenen Richtlinien beauftragt:

Demzufolge machen wir hiermit folgendes bekannt: Es sind 108 Arbeitslosenräte und 108 Ersatzleute zu wählen.

Die Wahlvorschlüge, die mindestens 50 Unterschriften mit genauer Adressenangabe von wahlberechtigten Arbeitslosen tragen müssen, sind dem aus Erwerbslosen gebildeten Wahlausschuss, Engelauer 15, Zimmer 18, so rechtzeitig zu stellen, daß sie am Sonnabend, den 28. Oktober 1920, mittags 12 Uhr, in seinem Besitz sind. Später eingehende Wahlvorschlüge werden nicht berücksichtigt. Die Wahlvorschlüge gelangen in sämtlichen Wahllokalen zum Auszug. Stimmzettel für alle Wahlvorschlüge werden vor den Wahllokalen verteilt.

Die Wahl findet am Donnerstag, den 28. Oktober und Freitag, den 29. Oktober 1920,

von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags in den noch in den nächsten Tagen bekannt zu gebenden Wahllokalen statt. Hierzu dienen die Kontrollstellen und die größeren Arbeitsnachweise. Sie ist geheim nach dem Prinzip der Verhältniswahl.

Die Wahlhandlung in jedem Wahllokal liegt in den Händen eines Wahlvorstandes, bestehend aus 1 Obmann und 3 Beisitzern, die von dem Wahlausschuss bestimmt werden.

Weber die Wahlhandlung und das Wahlergebnis ist ein Protokoll aufzunehmen. Das Wahlergebnis ist von dem Obmann nach Feststellung sofort mit dem von dem Wahlvorstand unterzeichneten Protokoll und den Stimmzetteln an den Wahlausschuss, Engelauer 15, Zimmer 18, zu übersmitteln.

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung, J. A. Bollmerhaus.

Der Streik im Glas- und Keramik-Großhandel beendet

Am Sonntag, den 17. Oktober 1920, führten die Einigungsverhandlungen vor dem Demobilisierungsausschuss zu einem Ergebnis, das in der Verammlung der streikenden Angestellten am 18. Oktober a. gegen 3 Stimmen angenommen wurde. Die Arbeit wurde Montag nachmittags wieder aufgenommen und hat den Kampf der Angestellten zu einem vollen Erfolg geführt.

Charakteristisch ist dabei, daß der „nationale“ Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände sich um die Bewegung, an der auch Mitglieder seiner Organisation beteiligt waren, überhaupt nicht gekümmert hat. Die betr. Angestellten werden daraus die Konsequenzen zu ziehen wissen.

Erklärung

Gegenüber den Ausführungen des Zentralverbandes der Film- und Kino-Angehörigen in Nr. 17 der Deutschen Filmgewerkschaft vom 1. September 1920 und in der Morgenausgabe der „Freiheit“ vom 31. August 1920 erklären wir, die unterzeichnete Kammer 70 des „Schlichtungsausschusses Groß-Berlin“, durch deren Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeihilfer in der Sitzung vom 24. August, nämlich Josef Cobden, Curt Schlicht, Dr. jur. Walter Friedmann, Hugo Schwiegl, Paul Schäfer und Albert Blossie, was folgt:

Die gegen die Kammer 70 und ihren Vorsitzenden, Herrn Dr. Friedmann, erhobenen Angriffe sind völlig ungerechtfertigt. Wir stellen ihnen gegenüber folgendes fest: Herr Dr. Friedmann hat als Vorsitzender pfllichtgemäß die Frage

der Zuständigkeit des „Schlichtungsausschusses Groß-Berlin“ in der Klage eines Betriebsrats gegen eine Filmfirma auf Feststellung dahin, daß diese verpflichtet sei, den Filmrenten anzuerkennen, erörtert, zumal im Hinblick auf verschiedene Entscheidungen des Herrn Demobilisierungskommissars, welche die Zuständigkeit des „Schlichtungsausschusses Groß-Berlin“ für solche Streitigkeiten ausdrücklich verneint hatten. Der „Schlichtungsausschuss“ hat die Pflicht, seine Zuständigkeit in jedem Stadium des Verfahrens zu prüfen.

Es ist unrichtig, daß „das den Inhalt der Klage bildende Thema nicht genügend besprochen und daß nicht versucht worden sei, eine Schlichtung der Angelegenheit herbeizuführen“.

Ebenso unrichtig ist es, daß der Vorsitzende Dr. Friedmann, der im Interesse der Aufarbeitung des sehr umfangreichen Terminzettels und im Interesse der noch wartenden Parteien allerdings keine Uhr auf den Verhandlungstisch gesetzt hatte, „es sehr eilig hatte, fortzukommen“. Das Thema ist vielmehr in allen Teilen erschöpft, die um 9 Uhr vormittags begonnene Verhandlung überaus eingehend geführt worden, sie hat sich sogar bis in die späten Nachmittagsstunden hingezogen! Eine Schlichtung scheiterte jedoch an der Ablehnung der beklagten Firma. Da festgestellt wurde, daß die Beklagte Mitglied des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Filmindustrie“ ist, so ist die Kammer daher nach Besichtigung ihrer Zuständigkeit zur Beurteilung der Beklagten nach dem Klageantrag gelangt.

Die Angriffe auf die Kammer 70 und ihren Vorsitzenden sind völlig unverständlich, sie werden hiermit auf das entschiedenste zurückgewiesen.

Schlichtungsausschuss Groß-Berlin, Kammer 70, Die Arbeit-geber- und die Arbeitnehmerbeihilfer vom 24. August 1920.

Groß-Berlin

An die Organisationen der U. S. P. D.

Sämtliche Anklindungen der Parteiorganisationen sind von heute ab dem Bureau des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg, Breite Straße 8/9, zu Händen des Genossen Meier, einzureichen, der sie an die Redaktion der „Freiheit“ weiterleiten wird. Von telephonischen Uebereinigungen bitten wir Abstand zu nehmen.

Die Heilsarmee als Hauspasha

Ein Leser unserer Zeitung schickt uns folgende Zeilen.

Welch rätselhafter Geist in jener religiösen Gesellschaft, die sich Heilsarmee nennt, besteht, möge durch folgendes illustriert werden. Die Heilsarmee besitzt in der Wühlgangstraße 4 ein Haus, in dem sie seit Jahren ein Männerheim eingerichtet hat. Die Bewohner desselben, wozu einige schon seit Jahren hier wohnen, haben pro Woche 7-8 Mark Wohnungsmiete zu zahlen. Geschenk bekommt keiner etwas, sondern alles, auch soweit Speisen und Getränke verabreicht werden, muß eben so gut bezahlt werden wie in anderen Lokalitäten. Trotzdem nun die meisten Bewohner wohnamtlich und polizeilich gemeldet und zumest Arbeitslose und Kriegsbeschädigte sind, glaubt die Heilsarmee als Hausbesitzer entgegen allen gesetzlichen Vorschriften ihr mitleidige Personen zu jeder Zeit und Stunde, selbst bei Nacht und Nebel, kurzerhand auf die Straße setzen zu können. Auf den Hinweis, daß sie kein Recht dazu besitzen, sondern sich erst an das Mietvertragsamt zu wenden habe, wird einfach erklärt, in diesem Hause hat kein Wohnungsamt und Magistrat was zu sagen, sondern hier bestimmt die — „Heilsarmee“ ganz allein. Ja, ein Offizier der Heilsarmee, der anderorts dieselbst in großen Reden die christliche Nächstenliebe predigt, besitzt selbst sonder christliche Nächstenliebe, daß er kurz und bündig erklärt: wer hier nicht so will wie wir wollen, der kann ja wo anders hingehen, der kann ja nach der Palme gehen. Das alles ist die praktische Seite dieser Heilsarmee-Offiziere, daß sie die Kerne der Armen, wenn sie nicht so tanzen, wie die Herren so wollen, einfach auf die Straße setzen und sie zum Stadtspital verweisen, in dem Glauben, daß sie solchen Leuten zu jeder Zeit die Miete zurückzahlen könnten. Da sich nun einzelne dagegen wehren, glaubt sich ein Herr Offizier von Aufseherstellung usw. im alten Offiziersrock reden zu können. Doch mußte sich dieser gute Mann vor jemand, der selbst einmal der Heilsarmee angehört hatte, sagen lassen: daß die Herren zumest nur bei der Heilsarmee seien, weil sie zu faul zum Arbeiten wären. Trotzdem des Dezernat des Wohnungswezens angerufen war und den Bescheid gab, daß die Heilsarmee absolut nicht berechtigt sei, ohne Anrufung des Mietvertragsamtes wohnamtlich Gemeldete auf die Straße zu setzen und die Hausverwaltung von diesem Bescheid in Kenntnis gesetzt war, machte sie sich dennoch wiederum das alte Hauspasharecht an und rief sogar die Polizei telephonisch um Hilfe, ohne freilich damit Erfolg zu haben. Wer denkt nicht bei solcher Handlungsweise an die Worte des Nazareners, da er von den Pharisiern in Schafschledern sprach, welche inwendig reißende Wölfe seien, oder an die überhäuften Gräber, inwendig voll Modergeruchs. Auch die Heilsarmee wird noch erkennen müssen, daß wir im Jahre 1920 leben und nicht im Anfang des

achtzehnten Jahrhunderts. Tief bedauerlich aber ist es, wenn man sehen muß, wie gerade aus den Arbeiterkreisen der Sammelseller für jene immer wieder gefüllt wird. Wieviel besser wäre es, wenn diese ihre Spenden ihren notleidenden Mitmenschen selber gäben. In dieser Beziehung sprach vor kurzem ein Kenner der Heilsarmee die inhaltvollen Worte: — sie schänden Elefanten und geben dafür Fliegen.

Mißstände in der Staatsfabrik für künstliche Glieder

Durch die sich ständig häufenden Klagen der Kriegsbeschädigten über die Äußerst mangelhaften Raumverhältnisse in der Beschaffungsfabrik Groß-Berlin und der in den gleichen Räumen befindlichen Staatsfabrik für künstliche Glieder, Berlin NW, Gohrstraße 20, haben sich die in Frage kommenden Kriegsbeschädigten-Organisationen und Gewerkschaften veranlaßt, eine Klärung der Sachlage herbeizuführen. Nach genauer Einsicht der Angelegenheit gewann man die Ueberzeugung, daß die eingelaufenen Beschwerden noch lange nicht alle die Unzulänglichkeiten enthalten, die bei näherem Hinschauen sich ergäben. Als Quartier für durchsichtliche ca. 70 Kriegsbeschädigte dient ein schmaler, ungeheizter Korridor, der außerdem infolge dieser unzulässigen Verhältnisse ständig als Durchgangsraum für Kriegsverletzte, Angestellte und Arbeiter benutzt wird. Für die zur Mahnahme, Anprobieren usw. erscheinenden Kameraden ist nicht einmal ein Kleiderkammer zur Verfügung, so daß sie gezwungen sind, sich in den Fabrikräumen zu entkleiden. Nicht zu übersehen wäre die Folge, die bei evtl. eintretender Feuersgefahr sich ergeben würde; durch das Lager leicht verbrennbarer Gegenstände in unmittelbarer Nähe des offenen Feuers der Schmelze. Alle diese Mißstände haben es bisher nicht vermocht, das Reichsarbeitsministerium zu einer Verlegung dieser beiden Dienststellen in besser geeignete Räume, die im Interesse der Beschädigten am günstigsten im Innern der Stadt zu suchen sind, zu bewegen. Es ist ein nur zu berechtigtes Forderung, wenn man den Wünschen der Antragsteller in dieser Angelegenheit volles Verständnis entgegenbringt. Das Reichsarbeitsministerium verfolgt das Projekt der Verlegung nach dem Garnisonlazarett in Tempelhof, welches im Interesse aller Kriegsbeschädigten unbedingt zu verwerfen ist. Für den ersten Augenblick fällt schon die weite unglückliche Lage ins Auge. Zu diesem Zweck hat sich eine Einheitsaktion, bestehend aus dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, dem Internationalen Bund der Kriegsoffer, der Wirtschaftlichen Vereinigung der Kriegsbeschädigten, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestellten und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gebildet, die geschlossen die Forderung vertreten:

Entweder für die Kriegsverletzten sozialen Dienststellen ins Zentrum der Stadt, damit sowohl den Kriegsbeschädigten, als auch dem Staat finanzielle Opfer erspart bleiben.

Zur Fortführung der Untergrundbahn

Die Demonstration von Neuköllner Arbeitlosen vor dem Berliner Rathaus am letzten Mittwoch hat dem kommissarischen Magistrat der neuen Stadtgemeinde Berlin Veranlassung gegeben, die Frage der Fortführung der Neuköllner Untergrundbahnbauten in besonderer Eile eingehend zu prüfen. Das Nachrichtenamt teilt mit: Zunächst wurde festgestellt, daß aus den für Kostandsarbeiten verfügbaren Mitteln weitere Beträge an Neukölln nicht abgegeben werden können. Die Bauleitung der Nordbahn wird sich jedoch bestreben, bei der Fortführung ihrer Arbeiten und namentlich bei dem Bau des Westbahnst. Bahnhof Grensenstraße auch Neuköllner Arbeitskräfte Gelegenheit zur Beschäftigung zu bieten. Außerdem soll schleunigst bei der Staatsregierung unter Ausrückung der Verhältnisse die Herabgabe einer Beihilfe an die neue Einheitsgemeinde für die Weiterführung der Neuköllner Untergrundbahnbauten beantragt werden.

Dem Magistrat Neukölln ist jedoch mitgeteilt worden, daß er verpflichtet war, unbedingt aus dem ihm für Kostandsarbeiten neuerdings zur Verfügung gestellten erheblichen Beträge von 26,533 Millionen Mark einen der Sachlage entsprechenden Teil der Fortführung der Untergrundbahnbauten auszuführen, nachdem im Uebergangsausschuss in Gegenwart des zuständigen Neuköllner Delegierten die Bereitstellung besonderer Mittel für diese Ausführung abgelehnt worden war. Im gleichen Ausschuss war übrigens auch beschlossen worden, bei der Berechnung der den einzelnen Bezirken und Gemeinden für Kostandsarbeiten zuzurechnenden Beträge ausschließlich die damalige Erwerbslosenziffer zugrunde zu legen, und den weitergehenden Antrag Neuköllns abzulehnen, auch die Arbeitskräfte bei dieser Berechnung einzuschließen, welche zur Zeit dabeilist bei den in der Ausführung begriffenen Kostandsarbeiten tätig sind.

Die Demonstration hätte sich daher erübrigt, wenn die Arbeiterchaft von Neukölln von den dortigen zuständigen Stellen entsprechend der Sachlage unterrichtet worden wären.

Erwerbslosen-Fürsorge im September.

Die Zahl der Erwerbslosen in Berlin ist im Monat September nicht wesentlich gestiegen, auch am Ende des Monats wurden rund 47 000 Erwerbslose unterstellt (davon 37 500 männliche und 9 500 weibliche). Der Abgang an Erwerbslosen im Laufe des September betrug rund 12 000 (davon 9000 männliche und 3000 weibliche), der Zugang rund 13 000 (davon 10 000 männliche und 3000 weibliche).

Strumpfwaren

Damenstrümpfe	Baumwolle, gewebt, schwarz und Leber	10 ⁷⁵ 12 ⁵⁰
Damenstrümpfe	Baumwolle, gewebt, schwarz und rot	16 ⁵⁰ 26 ⁵⁰
Damenstrümpfe	Wolle, gewebt, schwarz	25 ⁵⁰ 42 ⁵⁰
Herrnsocken	gestrickt, starke Qualität, meliert	8 ⁵⁰ 10 ⁵⁰
Herrnsocken	Baumwolle, gewebt, farbige	9 ⁷⁵ 11 ⁵⁰
Herrnsocken	Wolle, gestrickt, starke Qualität, meliert	16 ⁵⁰ 27 ⁵⁰
Kinderstrümpfe	Or. 2-3 Cr. 6-8 Cr. 9-11	14 ⁰⁰ 16 ⁰⁰ 18 ⁰⁰

Handschuhe

Kinder-Handschuhe	grau, gestrickt	3 ⁷⁵
Kinder-Handschuhe	gestrickt, kräftige Qualität	5 ⁹⁰
Damen-Handschuhe	Irisol 2 Druckknöpfe	7 ⁹⁰
Damen-Handschuhe	starke Qualität, mit angehefteter Fäustel	14 ⁷⁵
Herrn-Handschuhe	Irisol, starke Qualität, mit angehefteter Fäustel	15 ⁷⁵
Herrn-Handschuhe	Tr. o., durchweg warm gestrickt	24 ⁵⁰
Kinder-Fäustel	reine Wolle	6 ⁹⁰

Trikotagen

Herrenhemden	wollgemischt, 3 Größen	60 ⁰⁰ bis 66 ⁰⁰
Herrenhemden	Baumwolle, mit angehefteter Fäustel, 3 Größen	51 ⁰⁰ bis 54 ⁰⁰
Herren-Beinkleider	Baumwolle, stark gestrickt, meliert	23 ⁵⁰ 30 ⁰⁰
Herren-Beinkleider	Baumwolle, mit angehefteter Fäustel	40 ⁰⁰ 66 ⁰⁰
Herren-Beinkleider	wollgemischt, 3 Größen	56 ⁰⁰ 60 ⁰⁰
Damen-Schlupfhöschen	Baumwolle, gewebt, farbige	28 ⁵⁰ 35 ⁰⁰
Damen- Reformbeinkleider	Baumwolle, morine, starke Qualität	45 ⁰⁰ 82 ⁰⁰

Bettwäsche

Kissenbezüge	glatt	24 ⁵⁰ 34 ⁵⁰ 42 ⁵⁰
Kissenbezüge	en.Hohlpom, Stück	32 ⁵⁰ 36 ⁵⁰ 39 ⁵⁰
Deckbettbezüge	ohne Naht, Stück	135 ⁰⁰ 165 ⁰⁰ 190 ⁰⁰
Beillaken	kräftige Qualität	85 ⁰⁰ 110 ⁰⁰ 125 ⁰⁰
Inlett-Kopfkissen		52 ⁰⁰ 78 ⁷⁵ 97 ⁵⁰
Inlett-Deckbett		188 ⁰⁰ 266 ⁷⁵ 350 ⁰⁰

Elegante Stickerei-Bettwäsche
Überlaken, Plumeaux und Kissen
in grosser Auswahl

Damenwäsche

Taghemden	lester Stoff, mit Stickerei	37 ⁵⁰
Taghemden	lester Stoff, Rumpf gestickt, mit breiter Stickerei garniert	48 ⁵⁰
Beinkleider	Katejorn, lester Stoff, mit Stickerei	27 ⁵⁰
Beinkleider	sehr guter Stoff, mit Stickerei-Ein- und -Ausatz	57 ⁵⁰
Nadthemden	lester Stoff, Rumpf gestickt	69 ⁵⁰
Nadthemden	vorzüglicher lester Stoff, halbes, mit schöner Stickerei	95 ⁰⁰
Balist-Hemden	reich mit Stickerei garniert und Stickerei-adorniert	59 ⁵⁰
Balist-Nadthemden	mit feinen Spitzen garniert	95 ⁰⁰
Unterröcke	mit breiter Stickerei	47 ⁵⁰

Korsette

Korsette	neuerleberer lester Stoff, mit Nickelblech, Langelle	45 ⁰⁰
Korsette	modellerleberer lester Körper, mit Langelle, 1 Paar Heiler	57 ⁵⁰
Korsette	weiss u. farbige, Balist hohe Form, Spitzengarnitur, 1 Paar Heiler	75 ⁰⁰
Korsette	weiss elegante Zeichelform, halbhoch, m. Stickerei 1 Paar Heiler	95 ⁰⁰
Hüfthalter	weisser guter Stoff, mit Langelle	27 ⁵⁰
Büstenhalter	gutstrende Formen	12 ⁵⁰ 19 ⁵⁰

Rock-Beinkleider reich garniert 67⁵⁰
Hemdhoson bestickter Balist, reich ausgestaltet 95⁰⁰



Garnituren

Balst, Hemd und Beinkleid passend, reich garniert	95 ⁰⁰ 110 ⁰⁰ 135 ⁰⁰
---	--

Elegante Garnituren

Balst, Hemd und Beinkleid passend, sehr reich garniert	145 ⁰⁰ 165 ⁰⁰ 195 ⁰⁰
--	---

